Mauerfall

Gefangenen Rundbrief No. 22 – September 2009



Hallo zusammen

Es geschehen noch Zeichen und Wunder...

...es gibt sie noch, die Freiheit – auch für Peter, auch für Rainer! Allein die beiden saßen zusammen länger als ich Jahre zähle.

Ich schreibe ja, wie schon oft erwähnt, echt 'ner Menge Leute in den Knast. Wenn ich mich gerade jetzt so auf meinem Schreibtisch umschaue, dann liegen dort zusammen gezählt mehrere 100 Jahre Haft! Ist das zu fassen? Ich finde nein, irgendwann hört die menschliche Vorstellungskraft auf. Es geht nicht mehr das alles in einen irgendwie logischen oder begreifbaren Rahmen zu fassen oder so. Auf was für eine Zahl käme man, wenn man die Jahre aller Inhaftierten nur der BRD zusammen rechnen würde? Auf was für eine Zahl käme man, würde man all die Jahre zusammen zählen, die seit der Gründung der BRD verhängt worden sind? Eins ist klar, wir sprechen hier nicht von ein paar 1000, oder selbst ein paar 100.000 Jahren, nein – ich denke, erdzeitgeschichtlich umgerechnet befinden wir uns bei einer Größe, die uns zurück gerechnet, dem Urknall doch schon wesentlich näher bringt!

Bei all dem Frust, der Wut und der Hilflosigkeit angesichts der schweren Repression allgemein und Repressalien innerhalb des Strafvollzugs im Besonderen, tut es gut, mitzubekommen wenn Leute, denen man auch schon länger persönlich schrieb, mal entlassen werden. Umso besser, wenn diese auch nach ihrer Entlassung nicht nach dem Motto „aus den Augen aus dem Sinn" ihre Haftzeit abhaken, sondern auch draußen weiter aktiv bleiben. So wie der Jürgen, der mit Peter in Mannheim inhaftiert war und nun den 'GERECHTIGKEITSVEREIN' ins Leben gerufen hat. Auch Peter lässt nach seiner Entlassung nicht locker. An ihm werden die Verantwortlichen, die ihn über Jahre, Jahrzehnte schikaniert und gedemütigt haben, versucht haben ihn zu brechen, noch viel „Freude" haben! An dieser Stelle einen ganz herzlichen und besonderen Gruß an die, die nun endlich ihre Freiheit wieder haben. Es ist der Wunsch der Mauerfall-Belegschaft Ehemalige in unsere politische Arbeit einzubinden. Zu oft endet mit der Haftzeit auch der persönliche Kontakt und das Engagement. Das ist für eine breitere Bewegung die so dringend nötig ist natürlich äußerst schlecht. Dies ist sicherlich auch ein Versäumnis der Leute draußen die zu wenig gemacht und angeboten haben um die Entlassenen in ihre Strukturen einzubinden. Doch es kann ja vieles einfach nur besser werden...

Spendenfinanziertes Projekt...

Obwohl der Versand des Mauerfalls seit einigen Monaten durch Unterstützung seitens der ROTEN-HILFE gesichert ist, muss die Knete für den Druck weiterhin selbst aufgebracht werden. Der Mauerfall ist ein reines DIY und durch Spenden finanziertes Projekt. Immer wieder haben viele Leute ein paar (oder paar mehr) Euros locker gemacht damit es weiter gehen kann. Durch den wachsenden Umfang steigen aber natürlich auch die Druckkosten, die immer noch recht günstig sind. Der Druck der letzten 20-seitigen Nummer 21 kostete rund 100 Euro. Was soll ich sagen, unsere Kriegskasse ist nach dieser Nummer leider mal wieder leer und wir wollen aber unbedingt weiter feuern. Daher ergeht hier mal wieder ein Aufruf an alle dem Mauerfall verbundenen Menschen, gerade außerhalb der Knäste, gerne den ein oder anderen Euro für die monatliche Munition zur Verfügung zu stellen. Und um denen, die dem Staat von ihrem sauer verdienten Moos schon soviel abdrücken müssen (um nicht auf der anderen Seite der Mauer zu landen...) die Möglichkeit einzuräumen ihren Obolus für die gute Sache geltend zu machen haben wir eine neue Bankverbindung:

"Helft dem SSK"
Kto.-Nr. 231510508
BLZ: 37010050
Postbank Köln
Stichwort : Spende Mauerfall

Ebenso wollen wir hier mal den Anfang machen zu einer langfristigeren Sicherung unserer ja gar nicht so teuren Druckkosten zu kommen. Vielleicht finden sich ja nur 20 Personen draußen, die bereit wären, monatlich 5 Euro für den Mauerfall zu spendieren und somit Förderer dieses drinnen und draußen verbindenden Mediums zu werden. Ein gutes Gefühl gibt's inklusive... Okay, jetzt reichts aber auch mit der Werbung in eigener Sache. Wir kriegen das schon zusammen hin, oder?

Hier der neue Megamauerfall mit 24 Seiten voller Information, Diskussion und Nachrichten. Und doch hat nicht alles, was Ihr geschickt habt rein gepasst. Nach der Fertigstellung der 22 begebe ich mich (nach dem Knastgruppentreffen in Köln) sofort an die neue Nummer. Vielen Dank für Eure Briefe und Beiträge! Bleibt aktiv und unbequem, passt auf Euch auf, solidarische Grüße sendet:
Michel.

Der Gefangenen Rundbrief 'MAUERFALL' ist kein Erzeugnis im Sinne des Pressegesetzes, sondern lediglich ein Rundbrief an Freunde, Bekannte und Gleichgesinnte. Mit der Herausgabe des 'MAUERFALL' werden keine erwerbswirtschaftlichen Ziele verfolgt. Bei dem Bezug in Haftanstalten (gerade Bayern aber auch sonstwo!) sehe ich daher keinen Grund diesen Gefangenen Rundbrief wie ein 'offizielles' Presseerzeugnis bei dem stark limitierten Zeitschriftenbezug der Gefangenen anzurechnen!

Kontakt:
Michel Deutschewitz
c/o SSK e.V
Salierring 37 / 50677 Köln
www.ivi-info.de

Aufruf!

Aufruf zur Wahlbeschwerde

Am 27.09.2009 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

Ich selbst habe Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl eingelegt und möchte auch – nach der zu erwartenden Zurückweisung – klagen, um so das Thema Knast und Gefangene etwas breiter in der Öffentlichkeit zu positionieren, denn eine Klage wäre direkt an das Bundesverfassungsgericht zu richten. Wer möchte kann noch bis 27. November Einspruch einlegen, dieser muss adressiert sein an:

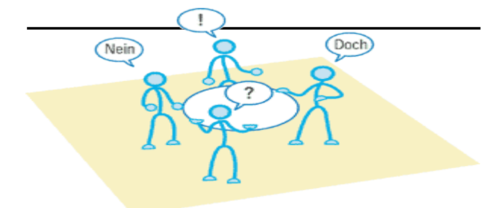
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Es reicht zu schreiben: „Gegen die Wahl vom 27.09.2009 lege ich Einspruch ein, weil...“ Ich selbst rügte u.a., dass wir Gefangene dadurch diskriminiert worden seien, dass kein Wahllokal in den Knästen eingerichtet wurde (was früher in Bremen und Hamburg durchaus üblich war) und wir unsere Briefwahlunterlagen auf eigene Kosten anfordern mussten.

Das Beschwerdeverfahren ist kostenfrei! Der Bundestag wird dann den Bundeswahlleiter zur Stellungsnahme auffordern und dieser wird dann von JVA oder Justizministerium Äußerungen einholen. Über den Einspruch entscheidet am Ende der deutsche Bundestag; hiergegen kann sodann -ebenfalls kostenfrei! - Beschwerde/Klage beim BverfG eingereicht werden.

Thomas Meyer-Falk
c/o JVA – Z. 3113
Schönbornstr. 32
76646 Bruchsal





Diskussion...

Diskussion- oder Themenvorschlag:

Kurz vorweg: ich habe den Mauerfall, wie auch den Rundbrief der lv.I. komplett erhalten. Beides wurde zwar erstmal hier im Haus an alle „Wichtigen“ gereicht, die konnten aber nichts Verbotenes feststellen.

Hier in der JVA München muss, so wurde uns bei einer Vollversammlung der Abteilung berichtet, massiv eingespart werden. Natürlich hauptsächlich im Personalbereich. Für uns Gefangene bedeutet das weniger Außensport, Sonntags früher Einschluss...
Wie verträgt sich das mit dem Bericht der 'SZ'? *(In diesem Artikel vom 31.07.2009 – Titel: „Das ist alles nur Schminke – Heftige Kritik an Merks Sicherheitskonzept“, wird aufgrund der problematischen Entwicklung im Einklang mit der Opposition eine umfassendere Betreuung und bessere Konzepte zur Lösung der grundlegenden Probleme im Strafvollzug gefordert. Unter anderem durch soll/sollte eine 'Expertenkommission nach Lösungen suchen - Anm. Michel.)*
Es wäre nett, wenn daraus/darüber eine Diskussionsrunde im Mauerfall entstehen würde. Mal schauen, was andere Gefangene dazu beizutragen haben.

So, dann warte ich mal auf den nächsten Mauerfall:

M.I.

2 grundverschiedene Gedankenstränge...

Ich habe auf diesen Brief schon kurz persönlich geantwortet, möchte aber ein paar Gedanken, die mir dazu immer wieder direkt in den Sinn kommen auch hier öffentlich in die Diskussion mit einbringen.

Ich lese diesen Brief und denke mir als erstes, klaro, der Mann hat recht, so läuft's immer und wie immer sind die Gefangenen die Leidtragenden. Im Artikel der 'SZ' sind auch die 'armen' Bediensteten Leidtragende der Situation, was ich allerdings gar nicht so sehe, denn die Bediensteten sind freiwillig in den Anstalten. Aber das will ich hier nicht länger ausführen.
Wenn im Strafvollzug gespart wird, dann nie an der Sicherheit, an noch mehr Stacheldraht, Doppelvergitterung, Überwachung, Kontrolle etc., sondern natürlich immer an den eh schon winzigen 'Privilegien' oder Abwechslungen und Betätigungen, den letzten Krümeln sozialen Miteinanders die den Inhaftierten geblieben sind. Das ist im Übrigen auch draußen so. Am Repressionsapparat wird auch nie gespart, dass fürs Militär mal keine Knete mehr da war ist mir auch noch nie zu Ohren gekommen. Teuer sind irgendwie immer nur die Menschen. Gerade die, die fast oder gar nichts haben oder bekommen. Bei allem, was dem Staat, der Erhaltung von Macht-und Herrschaft dient spielt Geld keine Rolle! Doch auch das ist hier nicht mein vorrangiges Augenmerk.

Die Frage, die sich mir immer wieder als erstes stellt ist die, warum nicht an der Institution gespart wird? So nennt der Artikel der 'SZ' auch richtigerweise die Zahl von suchtkranken Gefangenen. Diese liegt mittlerweile, so die Autoren, in bayerischen JVA'n bei 40%! Es folgt aber unverständlicherweise nicht der Schluss daraus, dass wenigstens das Gros dieser enormen Gruppe von Inhaftierten nicht in dem Knast sondern wenn, dann der Therapie bedarf! Noch weniger wird mal generell der Gedanke nach Entlassungen gedacht. Nein, im Gegenteil, wenn von Überbelegung die Rede ist, fällt im Anschluss sofort die Forderung nach unbedingt notwendigen Knastneubauten. Das diese unfassbar viel Geld verbraten, und das wo doch eigentlich eingespart werden sollte, kommt dann plötzlich keinem Menschen mehr in den Sinn. Das hat nichts mit Unwissenheit, oder nicht lange genug überlegt zu tun. Nein, dass ist 'Absicht'. Bevor der Gedanke auf die Möglichkeit fällt Gefangene zu entlassen blinkt scheinbar irgendeine seltsame Warnleuchte und befiehlt: Denk nicht mal dran! Und dabei sind viele Inhaftierungen als Folge dieses Gesellschaftsmodells zu betrachten. Wäre Mobilität für alle keine hohle Phrase würden nicht tausende, die es sich nicht mehr leisten können, wegen 'Leistungserschleichung' im Knast sitzen. Und wie war das... - ach ja, wenn man allen diesen Menschen eine Jahreskarte bezahlen würde, käme das die öffentliche Hand, also die SteuerzahlerInnen, immer noch wesentlich billiger als das Wegsperren. Aus rein ökonomisch-'volkswirtschaftlicher' Sicht ist der Knast völlig daneben. Dazu hatte ja bereits der Finni in Mauerfall No.19 einen sehr treffenden Beitrag geschrieben. Der 'Sinn' offenbart sich erst im Zusammenspiel mit den anderen Elementen/Komponenten eines jeden Macht-und Herrschaftskonstrukts. Unabhängig von einer abolitionistischen (also Strafe und Knast ablehnenden) Position ist dieser Ansatz eventuell auch dazu angetan einer breiteren Basis zu vermitteln welch unglaublicher und kostspieliger Wahn hinter dem ausufernden Wegsperren steht. Und das es in weiten Teilen, sofort um Alternativen und andere sinnvollere Denkansätze gehen sollte. Es muss, da verweise ich gerne auf Prof. Johannes Feest vom Strafvollzugsarchiv, unbedingt um eine (schnellstmögliche) Reduzierung der (auch) kostspieligen Institution Strafvollzug gehen! Und diese lässt sich durch nichts besser und leichter erreichen, als wenn einfach weniger Leute eingesperrt werden und es auch in der BRD wie in anderen Ländern mal zu einer größeren Amnestie kommt. Und da spreche ich direkt von zig-1000enden!



Was ist mit den über 1000 Menschen die kontinuierlich die Haftanstalten in NRW füllen, nur weil sie irgendwelche Geldbußen nicht bezahlt haben, nicht bezahlen konnten und vergessen haben oder nicht in der Lage waren deswegen Anträge zu stellen? Was ist mit all den Langstrafern, die schon über die Mindestverweildauer hinaus sind? Was ist mit den chronisch, auch psychisch Kranken, den Alten, der Gruppe der über 60ig jährigen die

schon Jahrzehnte brummen? Was ist aber auch mit den jungen, 'verkorksten' Existenzen? Die, aus denen nach der Haft mit noch größerer Sicherheit ein gesellschaftlicher 'Problemfall' wird? Was ist mit all den Gefangenen in den Abschiebeknästen, die dort sitzen weil sie nicht die richtigen Papiere haben oder gegen diese unsägliche Residenzpflicht verstoßen haben? Die Liste ließe sich noch lange fortführen. Oft genug wird auch die Kriminalitätsstatistik bemüht. Diese besagt seit Jahren, dass die Zahl der Straftaten sinkt. Die Statistik der Haftzahlen belegt aber ebenso, dass die Zahl der Inhaftierten jedes Jahr einen neuerlichen Rekord bricht. Das heißt erstmal zweierlei: Erstens, dass Kriminalität und Haftzeiten bzw. Gefangenenzahlen nur bedingt etwas miteinander zu tun haben. Ganz nebenbei ist Kriminalität ein konstruierter Begriff der Herrschenden wie das Beispiel der oben angesprochenen Residenzpflicht zeigt. Bis zur Einführung dieses Gesetzes konnte kein Mensch deswegen überhaupt inhaftiert werden. Zweitens sitzen die Menschen wegen derselben Delikte immer länger. Dies wird besonders am Beispiel vieler Lebenslänglicher und natürlich der Sicherungsverwahrten deutlich. Die durchschnittliche Haftzeit eines zu 'LL' verurteilten Menschen beträgt **21** Jahre. Wohlgemerkt der Durchschnitt! Eigentlich fast immer wird heutzutage bei 'LL' die sogenannte „besondere Schwere der Schuld“ attestiert. Das war nicht immer so.

Somit lässt sich festhalten, dass es von Seiten der Herrschenden eine gezielte Richtung hin zu mehr Repression, mehr, härteren und längeren Strafen, noch mehr Gesetzen und Gesetzesverschärfungen, zu noch mehr Inhaftierten gibt. Die 'Krise' die im Strafvollzug immer wieder vorgehalten wird, zu wenig Personal, Überbelegung und zu wenig Mittel etc. ist eigentlich totaler Quatsch. Das Problem ist nicht nur hausgemacht, sondern gewollt! Den Staat, die politischen Eliten anzurufen da etwas dran zu ändern ist ehrlich gesagt der allergrößte Blödsinn! Mit Macht und Herrschaft ist ein überfälliger Abbau des ausufernden Systems des Wegschließens und Verwahrens und somit die einzige logische und notwendige Lösung wohl kaum zu machen. Das sollte einleuchten, oder?

Michel.

Reaktion...

Auf den Beitrag „Ex und Hopp- So wird ein Menschenleben vergutachtet“ in Mauerfall No. 21

Liebe Maria,

Ich habe deinen Artikel über den Schriftwechsel mit der Staatsanwaltschaft gelesen. Ich kann dir sagen oder besser aus meinem eigenen Fall berichten, dass auch das Gegenteil total ätzend ist. Ich habe im Oktober 2008 eine Anhörung wegen der Strafaussetzung zur Bewährung gehabt. Dort wurde dann eine Gutachterin bestimmt. Im Mai an einem Freitag kam sie dann zum Gespräch. Dieses erfuhr ich an einem Donnerstag! natürlich erst einen Tag vorher. Wo zu allem auch noch festgestellt wurde, dass meine Akten nicht da waren. Welch ein Wunder! Die Begutachtung fand trotzdem statt. Ich war eigentlich ziemlich zuversichtlich, da die Gutachterin mir mitteilte, dass sie sich bemühe, es zügig zu bearbeiten. Mittlerweile weiß ich nicht mehr, was ich glauben soll. Das Gericht hat mir mitgeteilt, dass das Gutachten mittlerweile angemahnt sei. Daraufhin bekam ich auch eine Schreiben von der Gutachterin. Darin hieß es... Alle notwendigen Unterlagen sind zwischenzeitlich bei mir eingegangen. Ihr Gutachten befindet sich in der Bearbeitung und wird im Laufe der kommenden Woche fertig gestellt. Das Schreiben war vom 20.08.2009. Bis jetzt natürlich nichts. Wie sollte es auch anders sein. Aber wie in deinem Fall so eine nullachtfuffzig Aussage das ist leider immer wieder der Fall.
Lass dich nicht unterkriegen -

Thorsten,
JVA Werl.



Uuund Action!

Knastaktiontag in Aachen und Rheinbach!

Am Samstag, 26.09. gibt es vor den Mauern zwei aufeinander folgende Knastkundgebungen, die eine in Aachen, die andere in Rheinbach.

Anti-Knast-Aktive aus verschiedenen teilweise weit entfernten Städten haben sich angesagt. Wir wissen nicht, wie viele mit, wie viele ohne Auto kommen. Zwischen den beiden Orten kommt man innerhalb des vorgesehenen Zeitplans aber nur mit Motor und selbst steuerbaren Rädern ans Ziel. Wir bemühen uns darum, dass alles klappt. Euch haben wir nicht früher informiert, weil die meisten Rundbrief-Leser/innen ja leider nicht herbei stürmen können. Wir hoffen darauf, dass die Gefangenen an den beiden Orten von unserer "Ehrenrunde" was mitbekommen. Wir demonstrieren

- **In Solidarität mit allen Gefangenen, die nicht nach oben buckeln und nach unten treten,**
- **in Solidarität mit allen Gefangenen, die besonderem Druck ausgesetzt sind, weil sie sich dem Knastsystem nicht widerstandslos unterwerfen**
- **gegen alle Sonderisolation**
- **in der langfristigen Perspektive für Gesellschaft ohne Knäste, ohne Repression, ohne Privilegien und ohne Herrschaft.**

AKP Köln
im Bündnis mit verschiedenen ABC- und anderen Gruppen

Diskussion...

Rolle und Möglichkeit der GMV

Im Mauerfall No. 21 (Juli/August 2009) war ein Diskussionsbeitrag des AKP Köln zum Thema Insassenvertretung / Gefangenenvertretung (kurz: GMV) zu lesen, der die GMV als -Zitat - "Alibiveranstaltung" bezeichnet.

So weit, so gut. Ein wenig gönnerhaft wurde zugestanden : "nicht jedes GMV-Mitglied schlägt sich offen auf die andere Seite". Damit sogleich suggerierend, dass man sich zumindest VERDECKT auf die Seite der Anstalt schlage. Unbestreitbar gab und gibt es jene Gefangene, die die GMV nutzen, um für sich persönliche Vorteile herauszuschlagen, die mit der Anstalt kollaborieren, sich als Capos und verlängerter Arm der Justiz begreifen. Zutreffend ist auch, dass die GMV nicht einmal ansatzweise über wirksame Rechte verfügt. All das stimmt.

Aber es ist genau so wahr, dass beispielsweise in der JVA Bruchsal die GMV es ist, die preiswert an die Mitgefangenen Schreibwaren verkauft. Bis November 2007 war REWE Anstaltskaufmann und verlangte für 50 Kuverts stolze 2,29 Euro, für eine simple dünne Kulimine 65 Cent. Die GMV verkauft 50 Kuverts für 1,40 Euro und die selben Minen für 35 Cent. Unter Mitwirkung der GMV findet hier vier Mal pro Woche ein Eisverkauf statt. Monatlich organisiert die GMV einen Fototermin für die Gefangenen. Einmal im Jahr beim Sportfest kann man sich zudem durch die GMV im Hof fotografieren lassen: Zwei Gefangene der GMV sitzen dann jeweils von 8.00 bis 16.00 Uhr im Hof und machen hunderte von Bildern. Die GMV setzte durch, dass es von der Knastküche für alle mindestens ein Mal pro Monat einen Salatteller gibt. Auch die Pizza, die es alle 4 - 6 Wochen gibt, geht auf die Initiative der GMV zurück.

Es ist wahr, die GMV schafft es nicht, mehr Lockerungen durchzusetzen. Die GMV schafft es nicht, die Zwangsarbeit abzuschaffen. Die GMV schafft es nicht, die Mauern einzureißen.

Aber es gibt GMV-Mitglieder, die bemüht sind, mit jenen Möglichkeiten, die es gibt, zumindest den Alltag zu erleichtern. Es gäbe hier in Bruchsal noch heute keine Telefonapparate auf den Fluren, hätte nicht die GMV Jahr für Jahr deren Einführung auf die Tagesordnung gesetzt. Heute können Gefangene hier an drei Apparaten telefonieren, sobald die Zellen offen sind; wöchentlich z.B. von 7.30 - 10.30 und 14.00 - 16.45 Uhr. Vom Eigengeld dürfen sie sich so viel Geld umbuchen lassen, wie sie wollen, ebenso vom Hausgeld (vom nicht-freien EG 20 Euro pro Monat). Bei aller Skepsis, die das AKP zum Ausdruck bringt, welche durchaus nicht völlig aus dem Nichts gegriffen ist, die generalisierende Diffamierung ALLER GMV-Mitglieder ist nicht gerechtfertigt.

Wie sehen das denn andere LeserInnen des Mauerfall ?

Thomas Meyer-Falk

- wie wohl seit Juli 2009 selbst GMV-Mitglied stellt obiger Beitrag meine persönliche Meinung dar und keine Äußerung der GMV Bruchsal -

[Setzer-Anmerkung: Habe diesen Text sehr gerne abgetippt. Bin voll damit einverstanden! Möchte nur eines betonen: Eine "generalisierende Diffamierung" war im kritisierten Text des akp NICHT beabsichtigt. Gemeint ist, dass GMV "drinnen" wie auch Betriebsräte "draußen" vom System zugestandene Formen sehr begrenzter Interessenvertretung sind. Dass man damit - von den Repressionsstrategen so beabsichtigt - auch Teil des Systems ist. Trotzdem alle Achtung gegenüber denjenigen, die sich redlich in dieser undankbaren Rolle abmühen und gewisse Erleichternungen für Mitgefangene erwirken! Wir wollten jedoch herausstellen, dass man in der Auseinandersetzung mit der schlechten Sorte von GMV-Mitgliedern und der strukturellen Begrenzung sogar der guten Sorte auch das "hohe Lied" auf informelle Selbstorganisation "singen" könne. Was nicht heißt, dass JEDE Selbstorganisation nützlich und gut sei. Diese Anmerkung jetzt nicht als "Besserwisserei", sondern um den Eindruck der Diffamierung überwindbar zu machen. Auch ich bin neugierig auf die Beiträge anderer Mauerfall-Leser/innen. /b von akp]

Kommentar...

Zu der Diskussion um die sogenannten „politischen und sozialen Gefangenen“

Ich streite mich jedenfalls gerade etwas mit manchen Leuten rum, dass geht schon da los, also ich kann dieses Wort „soziale“ Gefangene gar nicht vertragen! ***(ich auch nicht, Finni! Jeder Mensch auf der Welt ist ein sog. sozialer Gefangener, gefangen in seinem Schädel, in seiner Kultur, auf der Erde... Hubi)***

Ich fühle mich davon auch gar nicht angesprochen sowieso nicht, und würde/könnte das eine/r direkt zu mir sagen, so kann die Person von Glück reden wenn da 'ne Panzerglasscheibe dazwischen is – weil ich empfinde das als Beleidigung oder Erniedrigung oder sowas. Ehrlich, ich kriege jedes Mal ein Kotzgefühl wenn ich das lese... Und ich frag' mich auch so, wer dieses eingeführt hat, denn von dieser Unterteilung profitiert sicher nur die Gegenpartei – die Juristler! Na gut, und die paar SpinnerInnen, die sich als 'politische Gefangene', als was besseres fühlen. Oh!, wenn Du das nicht glaubst das es solche gibt, dann weiß ich das für Dich mit! Aber ich hab' nicht mal Lust mich um dieses Wort zu streiten, in eine Wortspielerei zu verlaufen, denn es gibt sicher Wichtigeres zu tun, und es wird immer mehr...wichtigeres eben.

Zumal dieses Thema ja nun wirklich nix Neues is', dass war doch auch in den KZ's schon so, diese Unterteilung. Wobei im Mauerfall ruhig mal an das „schwarze Dreieck“ erinnert werden sollte, eben über die verfolgten „Asozialen“ … welches ich aus Deinen 'Kölle-Kreisen' vor langer, langer Zeit bekam. Ich denke, ja hoffe doch, dass Ihr das noch verbreitet!!!

Gruß und Power durch die Mauer:

Finni,
JVA Celle.

Diskussion...

Antiknastbewegung ohne Gefangene?

Draußen entwickelt sich ein breiter werdendes Bündnis von Gruppen, die alle sagen, dass sie sich nicht nur auf die Gefangenen aus den eigenen Bewegungen konzentrieren wollen. Vielmehr wollen sie offen sein für alle kämpfenden Gefangenen. Leider mangelt es offensichtlich an diesen, was mir als ehemaligem Gefangenen besonders weh tut.



In letzter Zeit habe ich ziemlich viele Veranstaltungen gemacht, in denen ich den GenossInnen vom "Haberfeld" erzählte. Das war 1985 eine Initiative von Straubinger Gefangenen, die eine SYSTEMkRITISCHE Antiknastzeitung rausbrachten. Als wir damit anfingen, war uns klar, dass wir uns gar nicht erst mit "Banalitäten" wie schlechtem Essen, abgelehnten Urlaubsanträgen und ähnlichem beschäftigen wollten. Wir wollten das Knastsystem insgesamt und seine besonders üblen Auswüchse wie Isolation und Knastpsychiatrie im Speziellen POLITISCH angreifen. Und zwar ohne Weinerlichkeit und Berufung auf angebliches Recht. Und das sollte zumindest aus meiner Perspektive nicht nur eine Zeitung sein, sondern die Grundlage für ein "Netzwerk Knast", in dem kämpfende Gefangene von einander wissen, Ziele diskutieren, ihre Kämpfe miteinander koordinieren können. In dem einen Jahr seiner Existenz war Haberfeld auch durchaus erfolgreich. Der Verteiler drinnen und auch draußen "explodierte" förmlich. Das Projekt scheiterte letztendlich, weil sich die DraußenunterstützerInnen zerstritten und es uns deshalb an Unterstützung draußen fehlte.

Heute sieht es anders aus. Heute gäbe es "genug" (wobei wir noch viel mehr werden müssen) potentielle DraußenunterstützerInnen. Heute fehlen uns die kämpfenden Gefangenen drinnen. Wahrscheinlich gibt es auch noch einige und wir haben nur keinen Kontakt zu ihnen. Was wir haufenweise mitbekommen aus den Knästen sind Klagen bei der bürgerlichen Justiz. Damit haben wir Probleme. Für uns ist die Justiz natürlich auch Bestandteil des Systems. Wenn Euch ein Gangmitglied eine schmiert, beschwert ihr euch ja auch nicht beim Gangchef.

Ich, als ehemaliger Haberfeldmacher, würde gerne wieder an die damalige Tradition anknüpfen, wenn's denn drinnen Leute gibt, die mitmachen wollen. Ganz alleine nur von draußen macht's keinen Sinn. Eine Fiktion ist der Glaube, dass sich was bewegen würde, wenn die breite Öffentlichkeit nur wüsste, wie es drinnen aussieht. Leute wacht auf! Die breite Öffentlichkeit interessiert sich bestenfalls nicht dafür, wie es Euch geht. Wenn sie nicht der Meinung ist, dass es Euch viel zu gut geht. Ich glaube, dass manche von Euch auch falsche Vorstellungen haben, was die Leute angeht, die Euch draußen unterstützen. Immer wieder lese ich Briefe mit dem gleichen Tenor: Dieser Staat sei eigentlich gut, wenn er sich nur an seine eigenen Gesetze halten würde. Mit so angepassten Argumenten könnt Ihr uns nicht erreichen. Wer Euch draußen unterstützt, sind im weitesten Sinne libertäre SozialistInnen, die mit diesem Staat und seinen Gesetzen nichts am Hut haben.

Falls es drinnen noch jemand gibt mit Interesse an SYSTEMKRITISCHER Antiknastarbeit, würden wir uns freuen, wenn er oder sie uns schreibt.

Gerhard vom Autonomen Knastprojekt

Hier unsere Adresse:

AKP
Kalk-Mülheimerstraße 210
51103 Köln

Was geht mit wem...?

Über möglichen und notwendigen Zusammenhalt zwischen drinnen und draußen, drinnen und drinnen ...

Das Diskussionsangebot

Über einen Artikel aus Gefangeneninfo ... der im Mauerfall 21 nachgedruckt wurde, habe ich mich gefreut.

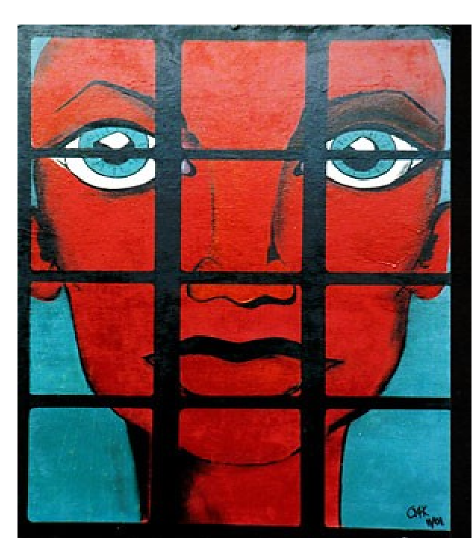
Es ging um Klassenjustiz. Es ging grundsätzlich gegen Knast. Es ging darum, dass die meisten "Straftaten" Eigentumsdelikte und/oder Ausdruck von Suchtproblemen sind. Und warum das so ist. Dass es halt ungleiche Verteilung von Eigentum und unerträgliche Lebensbedingungen gibt, ja, aktuell sogar Ausdehnung dieser Ungleichheit und Verschlechterung der Lebensbedingungen. Kurz, dass wir im Kapitalismus leben, noch dazu in einer sehr aggressiven Phase dieses ausbeuterischen Wirtschaftssystems. Dass es zur Abstützung der Klassenverhältnisse eine Klassenjustiz gibt, mit der die Benachteiligten dazu gebracht werden sollen zu kuschen. Von der die, die nicht still halten, exemplarisch bestraft werden, um ersteres Ziel bei der Mehrheit durchzusetzen. Also, so die Konsequenz, muss dieses Instrument der Herrschaft bekämpft werden, von unmittelbar und mittelbar Betroffenen. Jede/r nicht Machthabende kann da vom eigenen Platz aus mitwirken.

Der Text sagt auch, dass das Ziel, das Gefängnissystem zu überwinden, nicht erreichbar sei, ohne das gesamte Gesellschaftssystem zu überwinden. Das heißt, es muss in vielen Bereichen der Gesellschaft gegen die dort herrschenden Strukturen angekämpft werden. Nicht nur im Knast. Aber wir sollten jeweils über den eigenen Tellerrand schauen, voneinander wissen, uns gegenseitig ergänzen und unterstützen. In diesem Zusammenhang steht auch die selten gestellte und nicht beantwortete Frage, wie Gefangene die Klassenkämpfe draußen unterstützen können. Wie unterschiedliche Lebensbedingungen berücksichtigt werden können, um zu gemeinsamem Handeln zu kommen. Möglicherweise sind die Vorstellungen über Wege und Teilziele, die hinter diesem Text stehen, nicht meine, vielleicht sind sie den meinigen aber auch ganz nah. Doch was in diesem Text steht, gerade auch hinsichtlich der offenen Fragen, teile ich voll und ganz.

Wer geht da mit?

Aber ich frage mich, wie viele der Zigtausende Gefangener in "unserem" Land diese Sicht teilen. Unter den Ausgebeuteten und Beiseite-Geschobenen "draußen" ist das Bewusstsein, dass die uns beherrschenden Machtstrukturen grundsätzlich überwunden werden sollten, derzeit ja auch kaum verbreitet. Wieso sollte es in den Gefängnissen anders sein? Die meisten Gefangenen kommen aus dem "unteren Drittel" oder der "unteren Hälfte" der Gesellschaft. Sie werden im Knast doch nicht auf einmal ganz andere. Die Mehrheit passt sich an. Manche imitieren Herrschaftsstrukturen und unterdrücken schwächere Mitgefangene. Trotzdem, nicht wenige nutzen die Haft als Chance, sich zu verändern, weiter zu entwickeln..

Ich meine jetzt ganz und gar nicht jenes "Resozialisierungs"-Gedudel, das die Herrschenden uns sowieso immer seltener als angebliches Ziel des Strafvollzugs verkaufen wollen. Ich meine die Politisierung von zuvor eher individualistischen Rebellen. Und ich meine Politisierung in Richtung auf freiheitlich-solidarische Ziele, nicht in Richtung auf rassistisch-faschistische (was es leider auch gibt). Gefangene erfahren die Gewalt und Entwürdigung durch das System besonders direkt. Knast polarisiert. Gefangene müssen sich entscheiden, ob sie sich unterwerfen, fraglos anpassen, oder ob sie Widerstand leisten. Letzteres jetzt nicht unbedingt als die große Revolte, aber zumindest als alltägliche Reserve gegenüber den Machtstrukturen. Und indem sich in ihrem Bewußtsein etwas bewegt hinsichtlich der Gemeinsamkeiten der Erfahrungen, die sie "draußen" gemacht haben, mit den Erfahrungen, die sie drinnen machen. Als Ausgestoßene und Verurteilte können sie Grundmuster des Systems abstoßen und eben dieses System mit seiner ungleichen Verteilung von Macht und Ohnmacht verurteilen. Als an selbstgesteuertem Handeln Behinderte können sie zu überlegterer Selbststeuerung gelangen. Als aus Zusammenhängen Gerissene können sie im Idealfall besser Zusammenhänge erkennen. Sie können zu solchen werden, die Benachteiligungen, Unterdrückung, Strafen und die strukturelle Gewalt des Systems grundsätzlich ablehnen.



Christina Kiefer - Freiheit

Unterschiedliche Minderheiten

Sicher ist es eine Minderheit unter den Gefangenen, die sich so weit entwickelt. Andere fangen zumindest an sich zu wehren, während sie draußen überwiegend irgendwie unsichtbar durch die Netze zu schlüpfen versuchten. Viele davon bleiben aber in den Netzen herrschender Vorstellungen befangen, kämpfen nur um Kleinigkeiten. Wie weit jede/r einzelne geht, wie weit auch Gemeinsamkeiten entstehen, hängt von der mitgebrachten Persönlichkeit und auch etwas von neuen Einflüssen ab, von abstumpfenden oder anregenden Erfahrungen, von Ent- oder Ermutigendem. Diejenigen, die von draußen schon ein gewisses soziales Rebellentum gegen als Recht verkleidetes Unrecht mitbringen, haben gute Ausgangsbedingungen zu einer grundsätzlichen Systemkritik, zu revolutionären Positionen zu gelangen..

Naja, und es gibt dann noch eine andere Minderheit unter den Gefangenen, die schon draußen für soziale Veränderungen gekämpft hat mit dem weit gesteckten Ziel der Abschaffung von Macht und Herrschaft. Einige von diesen haben sich dann bei ungeduldigen "privaten" Aneignungsversuchen erwischen lassen, bringen aber schon ein politisches Bewusstsein mit, andere sind eingefahren im Rahmen von politischen Aktionen (z.B. Demonstrationen, Sabotageakte) oder politisch motivierten Aktionen (z.B. Bankraub oder Betrug, um sozialrevolutionäre Strukturen zu finanzieren). Gefangene, die ihr Handeln politisch begründen, können gefährlicher Sand im Getriebe der Repressionsmaschine sein. Das wissen die Wegsperrenden von vorne herein. Deshalb werden die teilweise besonders isoliert. Das behindert sie dann, andere Gefangene für gemeinsamen Widerstand zu finden. Doch es ist gar nicht garantiert, dass sie drinnen Widerstand leisten wollen, weil sie Knast gar nicht als notwendiges Kampfgebiet (an)erkennen. Aber sie haben von vorne herein Genoss/inn/en draußen, weil sie ja aus deren Zusammenhängen gerissen wurden. Das heißt, es sind namentlich bekannte Gefangene, bei denen Aktivist/inn/en draußen gleich wissen, wofür diese stehen, was sie mit ihnen gemeinsam haben. Die Bewegungen draußen haben natürlich die Verpflichtung "ihre" Mitglieder nicht zu vergessen, sobald sie in den Krallen der Justiz sind.

Ladehemmung... und doch noch was zu Begriffen

Bei dem in diese Ausgabe von Mauerfall aufgenommenen Text: " ‚Hört auf zu heulen, es hat gerade erst angefangen...' Irrungen und Wirrungen der Solidaritätsarbeit mit Gefangenen und Angeklagten" geht es ausschließlich um solche Gefangenen. Stände in der Überschrift "mit Gefangenen und Angeklagten aus unseren Bewegungen", würde das von Anfang an deutlicher.

Es ist legitim und notwendig, dass Menschen aus politischen Bewegungen die Widersprüche und Probleme diskutieren, die sich im Verhältnis zu Gefangenen aus ihren Reihen ergeben. Wenn aber **ALLE** freiheitlich kämpfenden Gefangenen Solidarität verdient haben, man in einer besonderen Diskussion jedoch nur einen Teil derselben meint, ohne dies deutlich genug zu benennen, sondern man nur von "Gefangenen" spricht, löscht das m.E. die anderen irgendwie aus. So als gäbe es sie nicht. Das zeigt, dass es manchmal durchaus erforderlich ist zu kennzeichnen, über welche Gefangenen mit welcher Vorgeschichte oder Position gesprochen bzw. geschrieben wird. Gerade um nicht so zu tun, als seien die anderen keiner Berücksichtigung würdig. .

Jetzt komme ich endlich darauf, Euch zu verraten, wie denn der Artikel im letzten

Mauerfall hieß, von dem ich hier ausgegangen bin, der die Grundlage meines Diskussionsversuches darstellt: "Weshalb wir für die Freiheit aller politischen und sozialen Gefangenen kämpfen". Ich hatte angekündigt, dazu was Ausführliches schreiben zu wollen. Und ich gebe zu, dass es mir zunächst darum ging, die Begriffe "politische" und "soziale" Gefangene noch mal zu kritisieren. Doch dann habe ich es Tag für Tag vor mir her geschoben, das in Angriff zu nehmen. Und wenn ich anfing, kam ich nicht weiter, merkte ich, dass es so nicht geht. Der Text im Gefangenen-Info ist ein so guter Schritt in Richtung auf eine gemeinsame solidarische Anti-Knast-Bewegung, dass ich merkte wie kleinlich es sei, sich jetzt über Begriffe zu streiten. Und natürlich müssen diejenigen, die Jahrzehnte lang überwiegend Solidarität mit Gefangenen aus (links)radikalen politischen Bewegungen gezeigt haben, die Begriffe ihrer Tradition benutzen, auch wenn sie sich auf die vielen anderen Gefangenen zu bewegen.

Hafterfahrene zum Thema

Ich kann sehr gut den wütenden Beitrag des Gefangenen zum gleichen Thema verstehen. Abgesehen davon, dass ich die begriffliche Unterteilung auch aus anderen Gründen problematisch fand und finde, gab es (und gibt es vielleicht noch immer in abgeschwächter Form) das Verhalten, die Definition "politische/r Gefangene/r" für sich zu beanspruchen, um sich von den gemeinen, Entschuldigung, so genannten "sozialen" Gefangenen abzugrenzen. Aber es ist jetzt m.E. nicht der Augenblick, um wütend zu reagieren, wo doch Gräben zwischen verschiedenen Strängen des Anti-Repressions-Engagements zugeschüttet werden.

Es ist wichtig, GEMEINSAMKEITEN zu entdecken, wo solche gegeben sind und, so weit möglich, GEMEINSAM zu handeln. Es ist manchmal auch notwendig, UNTERSCHIEDE zu benennen und zu berücksichtigen, sofern sie etwas bedeuten. Vielleicht als Hindernis, vielleicht als Bereicherung, wenn man sich trotzdem gegenseitig verstehen lernt. Dies aber nicht mit statischen Begriffen, sondern je nachdem, was gerade hervorgehoben werden soll.

Vor zwei Jahren gab es Kundgebungen in Aachen und Rheinbach, für die wir in der Mitmachzeitung "kumm erus" geworben haben. Da von weit Anreisende dort auch die spanischen Anarchisten Gabriel Pombo da Silva und José Delago grüßen wollten, hatte ich einen Text geschrieben, dass wir mitmachen, weil es uns um alle Gefangenen geht, die nicht nach oben buckeln und nach unten treten, dass wir uns nicht auf bekannte Namen fixieren.. Beide Gefangene haben schriftlich reagiert und gefragt, was ich denn für Probleme hätte. In Spanien sei die Unterscheidung, unter welchen Vorzeichen jemand eingefahren ist, ziemlich unbedeutend geworden. Gefangene, die wegen ihrer politischen Vorgeschichte sofort in besondere Isolationsgefängnisse gesperrt worden waren und solche, die, zuvor unbekannt, wegen ihres Widerstandes im Knast in den Sonderabteilungen landeten, hätten gemeinsam revoltiert, gemeinsam Anerkennung als politisch Handelnde bekommen. Gabriel, der kürzlich noch einmal mit uns Kontakt aufnahm, bedauert aber, dass er im deutschen Gefängnis nicht so viele soziale Rebellen findet. Und Gerhard hat als Ex-Gefangener ja in seinem Beitrag deutlich geschrieben, welche Art von Mitkämpfenden er sucht.

Jetzt ist (erst mal) Schluss

Die Nacht, für die ich mir das Ultimatum gesetzt hatte, den angekündigten Diskussionsbeitrag endlich zu schreiben, ist vorbei. In den Wochen, in denen ich nichts dazu aufs Papier gebracht habe, sind mir viele Ideen, Gedanken, zu diskutierende Punkte in den Kopf gekommen. Fast nichts davon ist jetzt hier zu finden. Auch die Ausgangsfrage: "Was geht mit wem?" habe ich nicht mal ansatzweise beantwortet. Sie steht im Raum, auch als Provokation für Euch erwünschte Mitdiskutierende. Wir können ja in nächster Zeit noch weiter diskutieren, "es hat gerade erst angefangen".

bix von autonomes knastprojekt



Diskussion...

„Hört auf zu heulen, es hat gerade erst angefangen...“

Irrungen und Wirrungen der Solidaritätsarbeit mit Gefangenen und Angeklagten

Mit unserem Text wollen wir Fragen und Diskussionen provozieren, vor allem bei sich organisierenden Zusammenhängen und Gruppen, die zu sozialen Unruhen aufrufen und Gruppen, die Solidaritätsarbeit mit und für Gefangene und Angeklagte machen.

In den letzten Jahren gibt es eine verstärkte Diskussion um Repression. Scheinbar immer neue Stufen der Eskalation werden erkannt und beschrieben. Wir denken, dass wir es nicht mit einer neuen, höheren Stufe der Repression zu tun haben. Verändert und erweitert haben sich die Mittel der Repressionsorgane, auch auf Grund der verbesserten technischen Möglichkeiten (zum Beispiel: DNA-Analysen, Digitalisierung der Telefontechnik und damit leichtere Überwachung dieser). Paragrafen wurden den veränderten Bedingungen angepasst (auch international) und neue Feindbilder geschaffen. Insgesamt gab es aber unserer Meinung nach in Deutschland nach 1968 Zeiten, in denen die Repressionsorgane viel stärker agiert haben als heute.

Wir gehen von dem Grundsatz aus, dass wenn es Widerstand und Revolten gibt, der Staat mit all seinen Instrumenten darauf reagieren wird. Und es kann nicht sein, dass wir heulen, wenn der Staat unsere Statements ernst nimmt und sicherlich oft viel ernster als die meisten Akteur_innen, die sie formulieren. Widerstand und Revolution ist kein Spielplatz, auf dem wir unsere Energien ausleben können und uns dann wundern wenn es weh tut. Wenn mit Parolen und Praxen kokettiert wird, wenn wir uns nicht darüber im Klaren sind, dass der Staat auf militante Demonstrationen, auf klandestine Organisierung mit einem Gegenangriff reagiert, dann sollten wir diese Praxen sein lassen. Anders ausgedrückt: Wenn ,,wir" angreifen, mit welchen Mitteln und Formen auch immer, wird der Staat zurückschlagen. Dies ist kein Zufall sondern, so banal es klingen mag, Normalität.

Wenn Menschen innerhalb unserer Kämpfe verhaftet werden und in den Knast kommen, wenn sie mit Verfahren überzogen werden, dann muss die Bewegung solidarisch reagieren. Eine Bewegung, die sich nicht um ,,ihre" Gefangenen kümmert und nicht solidarisch handelt ist politisch ,,tot".

Gruppen organisieren Demos, zum Beispiel das 1. Mai Bündnis. Die Mobilisierung über Plakate und andere Medien ,,verspricht" Riots und zielt auf soziale Unruhen. Für uns gehört in diesem Moment auch dazu, vorher über Repression aufzuklären, nicht um abzuschrecken, sondern um selbstbewusst handeln zu können. Kommt es dann zu Ansätzen der propagierten Unruhen, in deren Folge Leute einfahren oder mit Verfahren überzogen werden, halten sich dieselben Gruppen zurück oder verhalten sich im schlimmsten Fall überhaupt nicht.

Uns stört dieses unsolidarische Verhalten auch bei einigen Antifa-Gruppen, die mit radikalen Plakaten zu Gegenaktivitäten zum nächsten Nazi-Aufmarsch aufrufen, und dann die Schnauze halten, wenn es hart auf hart kommt; Genoss_innen dafür einfahren. Hier sehen wir einen Widerspruch, denn zu radikaler Selbstdarstellung und miltantem Agieren gehört auch ein offensives Verhalten, wenn es zu Repression kommt. Solidarität ist eine Stärke, aber nicht jede Solidarität macht wirklich stark.

Politische Solidarität heißt kämpferische Solidarität

Ein Ziel von Repression ist es auch immer, abzuschrecken. Menschen zu zeigen: ,,Schau her, dein/e Genoss(e)/in sitzt für dies und jenes, du könntest der/die Nächste sein". Wenn wir uns darauf einlassen, uns also ruhig verhalten, spielen wir dem Staat in die Hände. Was schadet und was nützt den Gefangenen? In der konkreten Arbeit ist das sicherlich oft nicht so einfach zu praktizieren. Aber im Grundsatz gehen wir davon aus, dass es nicht allein um die/den konkreten Gefangenen geht, sondern dass in jeder Inhaftierung von Seiten der Repressionsorgane immer auch der Faktor der Abschreckung und Prävention eine große Rolle spielt. In jedem Artikel in den bürgerlichen Medien können wir nach dem 1. Mai lesen, dass jetzt endlich richtig zurück geschlagen, dass abgeschreckt werden muss. Deshalb meint für uns kämpferische Solidarität, eine in der deutlich wird, welche emanzipatorischen Kämpfe wir führen und welche Ziele wir damit verfolgen.

In einer Solidaritätskampagne muss es primär

um die Fragen unseres Kampfes gehen, warum intervenieren wir an diesen Punkten und worin besteht die Notwendigkeit dieser Kämpfe? Es muss doch immer darum gehen, die kriminalisierten Themen aufzugreifen. Diese Kämpfe fortzuführen. Der Staat greift diese an, weil sie stören. Was gibt es besseres, als diese zu stärken und zu verbreitern?

Solidarität besteht aus zwei Faktoren: Einmal die ganz konkrete zu den Gefangenen, nämlich in der Organisierung von Geld, Büchern, Klamotten und ähnlichem. Das ist sicherlich die undankbarste Aufgabe und, wie die Soligruppe zu Christian S. schreibt, der Part, bei dem am wenigsten Blumen zu gewinnen sind.

Der zweite Part ist die kämpferische Solidarität. Diese scheint schädlich zu sein, wenn mensch einigen Anwält_innen, Angehörigen und Genoss_innen Glauben schenkt. Diese Einschätzung geht von der Hoffnung aus, wenn mensch nach einer Verhaftung den Kopf in den Sand steckt (sich nicht politisch äußert, keine Knastkundgebung will), dann kann mensch nicht soviel passieren. Eine Haltung, die sich auch nach der konkreten Inhaftierung fortsetzt, in der Art wie die Prozesse geführt werden: Mit Einlassungen, Aussagen, Reue, dass es eben alles nicht so gemeint war. Leider werden Prozesse mittlerweile in den seltensten Fällen auf politische Weise geführt, d.h. auf offensive Art, sei es mit Erklärungen oder bewusstem Schweigen, unsere nachhaltige Ablehnung diesem System gegenüber auszudrücken. Also: Die Verteidigung unserer Ideen auf allen Ebenen und in jedem Terrain, in dem wir uns bewegen.

<u>*Unschuldskampagnen und Verteidigungsstrategien*</u>

Wir denken, dass die Frage nach Schuld oder Unschuld in unseren Kreisen nichts zu suchen hat. Bei allen Diskussionen zu Solidaritätsarbeit für Gefangene wird sie dennoch immer fix gestellt. Folgen wir damit nicht einer Rechtsstaatslogik, die wir eigentlich ablehnen? Der Schwerpunkt sollte doch darauf gelegt werden, in welchem Kontext Leute einfahren, was sie wollen und wofür sie sich einsetzen.

Als Matti in Berlin auf Grund der Aussagen von Faschos verhaftet worden ist, ging die Kampagne hauptsächlich um die Unschuld von Matti (http:/www.freiheitfuermatti. com/). Was wäre aber, wenn Matti im Sinne des Gesetzes schuldig gewesen wäre? Was machen wir mit der Notwendigkeit des Angriffs auf faschistische Strukturen und jemand von uns wird dabei verhaftet, und wir haben keinen Spielraum für die Frage von Schuld oder Unschuld? Wer hat die Definitionshoheit über die Frage von Schuld? Wie soll eine Kampagne zu ,,Schuldigen" funktionieren oder wenn die Gefangenen sich nicht in diese Kategorien pressen lassen wollen? Sind sie dann Märtyrer? Oder wie sieht es aus? Warum werden aus kämpfenden Subjekten Opfer gemacht? Warum gab es bei Matti nicht eine offensive Kampagne dafür faschistische Strukturen mit allen Mitteln zu zerschlagen? Warum wird die Notwendigkeit verschwiegen?

Ein anderes Beispiel der letzten Zeit ist die Unschuldskampagne für Andrej H. vs. ,,die drei Schuldigen". In dem noch laufenden MG-Verfahren wurden zunächst sieben Aktivisten beschuldigt, für Andrej H. wurde mit Hilfe s einer Universitätslaufbahn und Anstellung an der Uni eine Unschulds-Kampagne de Luxe geführt. Prominente und Wissenschaftler_innen in der ganzen Welt forderten, bemühten sich seine Unschuld medienwirksam zu beteuern. Ein positives Beispiel für eine offensive Solidaritäts-Kampagne ist hingegen die Kampagne für die drei anderen Beschuldigten im MG- Verfahren. Sie sollen beim Brandsätze legen unter Bundeswehrautos erwischt worden sein. Parallel zu ihren Prozess führten verschiedene Solidaritätsgruppen und Zusammenhängen eine offensive Kampagne für die weitere Sabotage und Zerstörung militärischer Infrastruktur durch (*http://einstellung.so36.net/*<http://einstellung.so36.net/>).



2002 gab es einiges Entsetzen bzgl. der Verfahren gegen die Revolutionären Zellen. Auf eine offensive Verteidigung der Politik der RZ wurde im Prozess verzichtet. Von fünf Personen, die als Mitglieder der RZ beschuldigt wurden machten drei Einlassungen mit einem begrenzten Schuldeingeständnis, um mit einem blauen Auge weg zu kommen. Einen Gegenpol bildeten einzig einige sehr gut besuchte Veranstaltungen zu Geschichte und Kämpfen der RZ. 2009 ein weiteres Trauerspiel: Thomas K. bekam zwei Jahre Freiheitsstrafe auf Bewährung wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Verteidigung, Gericht und Bundesanwaltschaft hatten in einem Deal zuvor ausgehandelt, dass wenn er in einer Einlassung zu gibt Mitglied der RZ gewesen zu sein und gewisse Aufgaben übernommen zu haben, der Vorwurf der Rädelsführerschaft fallen gelassen wird, für die das Gesetz immer Knast vorschreibt. (http://www.freilassung.de/prozess/thomas.htm)

Wie kann es sein, dass Menschen militante Politik machen, Knast riskieren und dann 18 Jahre später so einknicken vorm Staat? Anna und Arthur gehen mal kurz einen anderen Weg - den individuell egoistischen?

Glücklicherweise können wir auch hier ein positives und offensives Gegenbeispiel nennen. Seit Februar 2009 droht Sonja S. (76) und Christian G. (67) von den französischen Behörden an die Bundesrepublik ausgeliefert zu werden. Beide wurden seit 1978 als Mitglieder der RZ gesucht. Im Gegensatz zu den oben genannten RZ-Angeklagten lehnen beide einen Deal ab. Für sie wird es vermutlich nicht so glimpflich ablaufen. Fehlende Reue und mangelnde Kooperationsbereitschaft müssen vom Staat bestraft werden, weil es sonst keine Deals bzw. keine Abschreckung mehr gäbe.

Es könnte im Interesse und der Verantwortung der Antira- und Anti-AKW-Bewegung und so oder so der gesamten Bewegung liegen, sich angesichts der Anklagepunkte einzumischen (http://www.akweb.de/ak_s/ak538/26.htm.).
An diesem Punkt stellt uns die Zusammenarbeit mit Rechtsanwält_innen immer wieder vor Probleme: Deren Interesse für ihre Mandant_innen (geringere Haftzeit, geringere Bestrafung) steht oft im Widerspruch zur politischen Identität der Beschuldigten. Ein schlauer Deal mit dem Gericht erspart manche Strafe; aber welchen Preis muss mensch dafür zahlen? Das muss nicht ,,böse" gemeint sein, es entspricht eben ihrer zugewiesenen Rolle im Justizapparat.

Das Argument, das sagt, wenn ich mich im Prozess oder im Knast offensiv verhalte, dann sitze ich länger und deswegen tue ich nichts auf dieser Ebene, weil ich draußen mehr machen kann und dies kein Feld der Auseinandersetzung sein kann - ist die zentrale vermeintliche Antwort auf dieses Problem. Die Parole lautet: Bälle flach und Füße still halten, eine nicht selten vertretene Haltung von Rechtsanwält_innen. Dies bedient die Hoffnung, durch ,,sauberes" und ,,harmloses" Auftreten mit dem berühmten blauen Auge davonzukommen. Sich für Freigang und eine Haftentlassung nach 2/3 der Freiheitsstrafe einzusetzen, wie es die Christian S. Soligruppe tut (http://prozess.blogsport.de/) ist menschlich verständlich, es ist aber keine kämpferische Haltung, die verdeutlicht, worum es in unseren Kämpfen geht.

Wir denken, dies ist zu kurz gedacht. Okay, ich komme raus auf drei, vier, fünf Jahre Bewährung und muss mich dann an bestimmte vom Staat vorgegebene Regeln halten, sonst gibt es den Bewährungswiderruf, und ich gehe zurück in den Knast. Ich stelle Anträge auf Freigang, weil es beschissen ist im Knast und so wenige andere gefangene Menschen kämpfen, ich bin allein und kann draußen viel mehr machen. Stimmt das? Machen wir mehr, wenn wir die ganze Zeit den Hammer eines Bewährungswiderrufs über uns haben? Kann es für das eigene Rückgrat gesünder sein, auf vorzeitige Haftentlassung zu verzichten? Ist wirklich alles besser als Knast? Knast ist ein Kampfgebiet, der Prozesssaal ist ein Kampfgebiet, wie die entfremdete Arbeit, wie der tote sinnentleerte Alltag, den uns dieses System bietet.

Wir wünschen uns an dieser Stelle eine Diskussion um die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten und Solidarität, die es im Knast, außerhalb des Knastes und vor Gericht geben kann. Wir denken, dass es eine Auseinandersetzung geben muss um die Bedingungen, die uns im Knast gesetzt werden, dass wir alle dafür verantwortlich sind, dass diese Diskussion stattfindet, möglichst vor der Situation des Einfahrens. Es geht uns um eine Debatte, wie unsere Solidarität tatsächlich

kämpferisch wird. Es geht uns um eine Kritik an Solidaritätsarbeit, die verschweigt, wofür wir kämpfen.

Gruppe SDB Solidarischer Diskussionsbedarf

PS: Wir würden gerne die Diskussionen in der INTERIM in Berlin und der ZECK in Hamburg führen, falls ihr keine Möglichkeiten habt diese zu erreichen schickt eure Beiträge zu folgender Email: bedarf.solidarischerdiskussion@googlemail.com. Wir werden die Briefkästen der INTERIM und ZECK dann damit füllen.

[Soweit so gut, oder eben schlecht. Denn allzu weit hat die Gruppe „solidarischer Diskussionsbedarf“ hier nicht gedacht. So sinnvoll eine breitere Auseinandersetzung zu diesem Thema ist, so schwer verständlich ist es, wenn die einzige Möglichkeit zur Kontaktaufnahme eine e-mailadresse ist. Es sei denn es soll erstmal ohne die Betroffenen denen mensch gegenüber solidarisch sein soll diskutiert werden. Gefangene müssen draußen bleiben... Hallo! - Erde an Gruppe 'SDB': Der Knast ist Internet freie Zone! Da ich allerdings finde, dass die Gefangenen bei diesem Thema ein Wörtchen mitzureden haben, gibt's hier ne Postanschrift von mir:



Zeck
c/o Rote Flora
Schulterblatt 71
20357 Hamburg



Interim
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Michel.]

Zur Situation und Gewichtung der deutschen Linken

Antirassismus, Migration und die gute Demokratie...

Es gibt 8.000 kurdische oder türkische MigrantInnen in der BRD (die anerkannt wurden!) die nun mit Abschiebung bedroht sind. Allesamt politische Asylanten aus der Türkei.

Das ist keine neue Geschichte. Das alles begann mit dem Inkrafttreten des neuen Asyl- und Ausländergesetzes. Ich habe mit vielen anderen Menschen dagegen Kampagnien organisiert. Der Grund, die Begründung für diese "Maßnahme", beziehungsweise die Änderung der Gesetzesgrundlage liegt darin begründet, dass die Türkei ein "demokratisches" Land geworden ist, Stichwort EU-Erweiterung. Demokratie ist ein inhaltsleerer Begriff, jeder Mensch nimmt ihn in den Mund ohne konkret beschreiben zu können was es Gutes damit auf sich hat. Für mich ist Demokratie ein Widerspruch in sich. Wenn es die bezeichnete 'Macht des Volkes' wirklich gäbe bräuchte es doch keine Regimeeliten mehr. Es ist eine Art von 'Ausrede' der herrschenden und Mächtigen. "Demokratie gegen Kommunismus" hieß es früher, heute wird von "Demokratie gegen Terrorismus" gesprochen. Wofür die Demokratie doch alles gut ist...!

Viele Begriffe wurden durch Macht und Herrschaft verklärt und nutzlos gemacht. Durch das Wiederkäuen in einem medialen Diskurs werden die Menschen zu züchtigen Lämmern. Gesetze, Verhaftungen, Kriege, Tote... die sind alle für "unser" Wohlsein da. Ja, wer sind denn die "Unseren" eigentlich? Das wissen wir, die wir die Verhältnisse kritisch betrachten und analysieren, aber viele Menschen werden von gezielten, falschen Informationen bombardiert. Sie kriegen die eine Meinung die sie hören sollen, nichts anderes. Linke und alternative Medien sind sehr klein und oftmals begrenzt auf einen eingeweihten Kreis. Die linke Bewegung ist, im Vergleich zu den 70er- 80er Jahren sehr zurück geschrumpft. Die Gründe dafür müssen wir objektiv auf den Tisch legen. Es ist alles mit der Zeit passiert, aber warum? Die deutsche Linke ist mit sich in vielen Punkten nicht selbst kritisch genug. Deshalb verlieren sie -wir- unsere Überzeugungskraft. Es wird sich mit vielem theoretisch beschäftigt aber vielfach werden sich auch Augen und Ohren zugehalten über das was 'neben an' passiert. Das klingt hart, dass weiß ich. Doch ich habe genug Erfahrungen gemacht, die mich zu diesem Bild kommen ließen. Es gibt 'Top-Themen' innerhalb der linken/linksradikalen Bewegung. Es gibt viele Vorurteile und Ränkespiele die einer gemeinsamen Kraft im Wege stehen. So entsteht wenig bis gar nichts an Bewegung. Ich weiß z.B. wie ich beim "Sozial Forum Deutschland - Europa" isoliert wurde. Weil meine Themenschwerpunkte "uninteressant" waren. MigrantInnen, Gefangene usw. sind definitiv nicht unter den 'Top Ten'! Obwohl immer wieder viel darüber geredet wird. Es ist ein Paradox das die deutsche Linke nicht akzeptiert oder kapiert. Ich verstehe die Gefühle gut, die Michel in der Einleitung von Mauerfall No.20 beschreibt. Wie oft habe ich diese Verzweiflung selber erlebt. Wie oft wurde ich enttäuscht über die ganze Nichtsteuerei. Aber eines ist wichtig: Hoffnung müssen wir immer haben! Jeder Mensch der für eine bessere Gesellschaft kämpft, muss hoffen und weiter machen! Natürlich waren die 60-70er Jahre ganz anders. Ich hätte mir gewünscht ein bisschen früher auf die Welt zu kommen. Im 21.Jahrhundert ist das Kämpfen schwer geworden. Wir müssen vieles opfern und immer mehr Gesetze und stärkere Repression machen uns das Leben schwer. Viele sind schon abgeschreckt und trauen sich deshalb nicht mehr auf die Straße zu gehen. Angst ist vielleicht unser größtes Problem. Alles, was "gegen" ist, gegen die herrschenden Verhältnisse, wird schwerverbrecherisch behandelt. Selbst eine Meinung! Wegen Meinungen und Ansichten in den Knast zu kommen ist sehr einfach gemacht worden.

Eine Studentin, ein Arbeiter möchte gegen die NATO protestieren, sie fahren nach Straßburg. Womit müssen sie rechnen? Mit Polizeigewalt und Knast! Anderes Beispiel; Ein Mensch verhält sich solidarisch zu Gefangenen und begleitet einen Prozess, fordert die Freiheit für den Angeklagten. Er erfährt Polizeigewalt, wird verhaftet, muss sich stundenlange Beleidigungen anhören und wird abschließend zu einer Geldstrafe verurteilt. So geschehen in Düsseldorf. Wir können diese Beispiele noch weiter führen, aber ich glaube, das brauchen wir nicht. Weil die meisten, die den Mauerfall lesen, wohl wissen was es heißt, politisch aktiv zu sein, sich zu verhalten.

Eine andere Problematik ist, dass viele Gruppen marginal geworden sind. Ihre Interessen, ihr Betätigungsfeld hat keinen festen Boden. Es ist ein Mischmasch zwischen Anarchismus und bohemem Leben. Die Ziele sind nicht klar sondern unsicher und vage. Für Außenstehende hört sich das dann gerne sehr märchenhaft an.

Ich werde kurz auf eine andere Ebene springen. Die Linke Partei hat wie alle anderen mächtig Wahlpropaganda für die Wahlen zum europäischen Parlament gemacht. Ein zentrales Thema war das Recht auf den gleichen Lohn für Frauen. Das ist sicher richtig und wichtig. Aber mal ehrlich, ist das im Moment unser größtes Problem. Es herrscht weltweit Krise, eine Krise, die ihre Ursachen im Kapitalismus hat, die von den kapitalistischen Staaten erschaffen worden ist. Eine Milliarde Menschen hungern, oder verhungern. Auch in Deutschland nimmt die Armut zu. Der Staat 'löst' das Problem durch Ausbau des Polizeiapparats und verstärkte Repression. Es zeigt sich immer mehr ein offeneres Regime das eben auch nicht vor diktatorischen Mitteln zurückschreckt. Ein aggressiver Staat nach innen wie nach außen. Versteht mich nicht falsch, aber Frauen und Bildungsprobleme sind momentan nicht die wichtigsten Themen. Und sie können wie der Knast innerhalb dieses Systems nicht aufgelöst werden.



Kleine Schritte sind erstmal wichtig. Doch ich stelle immer wieder fest, dass selbst die kleinsten Kompromisse nicht gemacht werden. Warum? Auch um diese Frage sollte es mal eine Diskussion geben. Wir, eine emanzipatorische Linke, sind eine Minderheit, meistens EinzelkämpferInnen. Antworten und Problemlösungen zu finden und einen Weg frei

zu machen in eine bessere Gesellschaft, in ein fortschrittliches Miteinander wird für uns nicht einfach sein. Wichtig finde ich, dass wir an unseren Vorstellungen und Idealen festhalten und sie auch anderen vermitteln. Dass eine größere Kraft und Bewegung entsteht. Kein Staat, keine Diktatur ist für ewig geblieben. Die Sklaverei hat über 1000 Jahre gedauert. Im Vergleich dazu ist der Kapitalismus noch ein Kind. Und dieses Kind ist krank und wird nicht erwachsen werden, es wird weiter schrumpfen. Kurzzeitige Pausen bedeuten in der Geschichte nichts, was sind da schon 100 oder selbst 1000 Jahre.

Nurhan Erdem,
JVA Ossendorf.



Reaktion...

auf die Antworten um die im Mauerfall No.18 angeschobene Diskussion

In meiner Diskussionsanregung mit der Anregung einer Abgabe vom erwirtschafteten Lohn an den „Weißen Ring“ gab es von Thomas und Werner eine Reaktion.

Natürlich und nicht anders zu erwarten, wurde sich dabei zu sehr auf den „Weißen Ring“ konzentriert. Deshalb möchte ich den Leuten mitteilen, welch Verständnis ich habe im Zusammenspiel von Schuld, Strafe, System und Solidarität. Das ganze verbinde ich mit der Hoffnung, dass sich persönliche und aus meiner Sicht unnötige Äußerungen gegenüber den im Vollzug tätigen Personen wie auch Ansichten verändern, um zum einen dem Vollzug keinen Grund zum Agieren gegen den Mauerfall zu liefern und zum anderen bei vernünftiger Argumentation auch die Menschen zu erreichen die erreicht werden müssen – die Bevölkerung, die eigentliche 'Staatsgewalt'.

Nicht wirklich wollte ich jemanden überzeugen etwas an Geld an den „weißen Ring“ abzuführen. Mehr wäre es ja dann auch nicht. Doch ich wollte einen Anstoß darauf geben, dass nicht vergessen werden darf, warum 'Du' in Deiner jetzigen Lage bist. Es bleibt bequem zu erkennen, dass das System, der Staat, die Gesellschaft und jetzt die Vollzugsbehörde allein die Schuld und Verantwortung für die eigene Misere trägt.

Vielleicht liegt es auch an der Erziehung eines Sozialstaates? In der sich der Staat als fürsorglicher Allesregler darstellte. Folgewirkungen aus den Lehren des Versailler Vertrags. Er hat dafür Sorge zu tragen, dass es harmonisch, problemlos und zum Wohle aller zugeht. Wenn das Kind daheim verwahrlost, wenn einer unter der Brücke pennt, wenn einer der Sucht verfällt oder mit einer Waffe in die Bank rennt, ja dann muss doch wenigstens die Gesellschaft – geformt vom Staat – daran Schuld haben. Leider wird dabei oftmals vergessen, dass auch wir die Gesellschaft sind, um aus dem Wort die Theorie zu nehmen.

Mehr als 6 Milliarden Menschen bevölkern die Erde. Unterteilt in unterschiedliche Kulturen und Nationen. Mehrere Religionen beherbergen einen Glauben. Die Erde nur ein Staubkorn im Universum. Was also wissen wir?
Wir können uns nicht einfach hinstellen und vorhandene Strukturen von Grund auf kritisieren. Heute vor 70 Jahren begann der WW II und dafür wären wir längst ermordet worden. Ich jedenfalls bin froh darüber im Deutschland von heute aufgewachsen und Teil der europäischen Gemeinschaft zu sein.
Auch gibt es kein Anrecht darauf, dass es fair und gerecht im Leben zugeht. Auch ist es nicht wirklich rational zu begründen, warum eine Handlungsweise der anderen vorzuziehen sei, wenn wir Bedacht darauf nehmen, wie vielseitig die Interessen und Ansichten, Bedürfnisse und Glauben auf der Welt sind.
Mein Gefühl als Mensch sagt mir dennoch, dass es nicht in Ordnung ist, wie die Menschen miteinander so oft umgehen. Doch zuerst muss ich mich selbst hinterfragen, ob ich mich an meinen eigenen Maßstäben messen kann.

Wie sich so oft der Einzelne innerhalb der Gemäuer durch die Vollzugsbehörden gedemütigt sieht, so sollte er auch darüber nachdenken, welchen Eindruck er mit seinem Handeln bei den Menschen hinterlässt, die er erreichen möchte. Unsere heutige Gesellschaft zeichnet sich am meisten doch dadurch aus, dass jeder auf sich bedacht ist, sich allein durchschlägt oder sich dadurch alleine durchschlagen muss. Von gemeinsamem Miteinander ist da nicht das, was sich die meisten erhoffen und wünschen. Jeder bleibt im Wesentlichen allein und ohne Anteilnahme und Mitgefühl. Nach Darwin nur eine logische Konsequenz.



Der einfache Bürger sieht sich machtlos gegenüber den Strukturen und Gegebenheiten des vielleicht Stärkeren. Menschen wie Ackermann grinsen ihnen in „Victory-Pose“ arrogant entgegen. Und der oft und vielfach gedachte Einzelne von Nebenan, der, mit dem er sich solidarisch wähnt, genau der beklaut, betrügt, überfällt, schlägt, vergewaltigt und ermordet ihn. Danach erweckt der Gesetzgeber vielfach den Eindruck, dass er, der Geschädigte, nur benutzt und missbraucht wird zur eigenen Machtdemonstration. Sofern es dann möglich erscheint, sucht er nach Enttäuschungen Zuflucht bei anderen und doch seinen Artgenossen. Dies gelingt, wie wir nur zu gut wissen, mit den gesellschaftlichen Anteilschein Geld. Nur unter welchen Bedingungen wie viel erworben?
Daher muss es wie ein Hohn mit einhergehender Demütigung sein, wenn im Verständnis zur Teilhabe am gesellschaftlichen Treiben die Medien sich auch nur für die Täter interessieren, während sie aus den Gefängnissen berichten. Die wiederum den Wert der Freiheit und des autonomen Handelns gleichsetzen mit einer materiellen Ausstattung und der damalige Freund Mensch im täglichen Überlebenskampf heute als Täter teilweise arrogant und ohne Achtung - ähnlich wie Ackermann – sich hinstellt und das Gesetz auf seiner Seite wähnt. Ohne jedoch auch nur im Ansatz zu erkennen gibt, dass es ihm vielleicht auch leid tut oder auch Reue verspürt wird. Niemals eine Anerkennung der Leiden. Niemals ein Wort der Entschuldigung.

Daher sollte darauf geachtet werden, wie mit Persönlichkeiten und Problematiken umgegangen wird.
Denn die Art, wie einige gemeinhin ihr Recht zu haben pflegen, macht es Menschen schwer, ihnen Recht zu geben. Ganz gleich, ob der Vollzug sich oft diametral zu den Grundgedanken verhält oder nicht!

M.Hildebrandt

Reaktion...

Zu dem Artikel „Aber bitte mit Sahne!“ - Die Beiratsmarionetten der JVA Bochum

Zum Bericht über den Anstaltsbeirat der JVA Bochum im Rundbrief No.20 des Verfassers „Haftkoller“ aus der JVA Bochum ein paar Worte.

Du machst sehr ausführliche, teils polemische Angaben über das, was du mit dem Anstaltsbeirat der JVA Bochum erlebt hast. Zugleich klagst du darüber, dass „nur 2 Mann“ von ca. 800 Gefangenen den dortigen Anstaltsbeirat in Anspruch genommen hätten. Und, dass es letztlich „umsonst“ war, dass du dort vorgesprochen hast, du wolltest darüber etwas in Bezug auf deine Vollzugssituation, Vollzugslockerungen usw. erreichen.

Dazu möchte ich dir mal folgendes sagen. Was glaubst du wohl, warum denn von 800 Gefangenen nur 2 Mann den Anstaltsbeirat der JVA Bochum aufgesucht haben? Wenn der „so klasse wäre“, dann wären sicherlich auch mehr Mann dort erschienen. Vielleicht wissen vor allem die Langstrafler in Bochum, was das für eine „ehrenwerte Gesellschaft“ ist und dass es sich erst gar nicht lohnt dort hin zu gehen. Haste mal daran gedacht, als du dich beklagt hast, dass nur 2 Mann dort waren? Ich selbst war im Januar 09 dort. Der Beirat hat mir da zugesichert, sich darum zu kümmern, und sich bei mir dann melden. Noch heute warte ich darauf und gehe davon aus, dass ich das wohl auch noch die nächsten Jahre werde tun können. Dabei habe ich aber von denen nicht viel erwartet, mir ging es nur darum, möglichst viel von den hier herrschenden Verhältnissen publik zu machen und zwar überall dort, wo es möglich ist.

Im Gegensatz zu mir, hast du dir von denen mehr versprochen und erwartet. Da muss ich dich fragen, wie „naiv“ bist du dann eigentlich! Fast jeder Gefangene, der etwas Rechtswissen besitzt, weiß doch genau, dass der Beirat ohnehin keinerlei rechtsverbindliche Sachen

machen kann und auch nichts rechtsverbindlich zusichern kann. Schon gar nicht über Vollzugsmaßnahmen oder – lockerungen usw. entscheiden kann und darf. Dass das ausschließlich den Gerichten vorbehalten ist, und man sich besser damit an diese sofort wendet! Wenn du das noch nicht gewusst haben solltest, dann weißt du es jetzt! Und vielleicht weißt du jetzt auch, warum sich da nur 2 Mann eingefunden haben. Ich selber werde diese „ehrenwerte Gesellschaft“ nicht mehr bei ihrem nachmittäglichen Kaffekranz stören wollen und dies durch meine Meldung dorthin auch nicht fördern. Nutze besser die anderen- wenn auch wenigen und auch schweren- Wege und klage notfalls auch bei den Gerichten. Da hast du im Endeffekt mehr von und gemacht, als dich einen halben Tag lang für diesen Beirat vorzubereiten um dann dort der „Lächerlichkeit“ Preis gegeben zu werden und wie vor einem „Schafsrichtertribunal“ vorgeführt worden zu sein. Und sicher wissen das einige Gefangene hier schon lange, so dass „nur noch 2 Mann“ den Weg zum Beirat (wenn überhaupt) mal finden. Das ist eine reine Showveranstaltung die nach „außen hin“ publikumswirksam verkauft wird und wie sie nach den gesetzlichen Bestimmungen eben vorgeschrieben ist. Mehr aber auch nicht. Für die Zukunft solltest du dir das immer gut vor Augen halten, zumal du dort, was deine Vollzugssituation persönlich angeht, nichts erreichen kannst und wirst. Dann fällt es dir auch leichter zukünftig ohne große Erwartungen den Weg dorthin zu gehen oder es aber gleich zu lassen. Im Übrigen wäre es gut gewesen, wenn du statt „Haftkoller deinen Namen“ genannt hättest. Wenn man sich beklagt, kann man auch voll dahinter stehen oder etwa nicht?

In diesem Sinne solidarischer Gruß,

Erwin A.

Reaktion...

Nennt nicht falsche Aktenzeichen!

Es ist gut und wichtig, wenn die Leute aus den Haftanstalten über Urteile, Gerichtsentscheidungen etc. pp. informieren und auch darauf hinweisen. Nur fällt mir immer wieder auf, dass man zwar offenbar etwas „weiß“ oder auch „mal gehört hat“, und so weiter, das dann so wiedergibt und dazu dann falsche Aktenzeichen angibt, die andere Leute unter Umständen dann benutzen.

Ich weiß nicht, warum man das macht, wenn man ein Aktenzeichen nicht genau kennt, sollte man es lassen, eines zu benennen. Immer wieder habe ich das in über 18 Jahren Haft erlebt. So auch in einem Rundbrief Nr.16 (Dez./ Jan. 08/09), wo Irfan Cayoglu über „Problem heimatnahe Verlegung“ schrieb. Er schrieb da, dass es dazu ein „Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofes(BGH)“ gäbe, und nennt dazu das Aktenzeichen 2 BvR 818/05!

Der BGH verwendet aber solche Aktenzeichen überhaupt nicht! Vielmehr handelt es sich bei diesem Aktenzeichen um eines des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe! Ausschließlich dort werden Verfassungsbeschwerden mit solchen Aktenzeichen versehen., angefangen mit 1 BvR für 1. Senat oder eben 2 BvR für 2. Senat! Und meist ist der 2. Senat für Haftsachen zuständig, so dass das angegebene Urteil von Irfan -wenn überhaupt- nur einem Entscheid des Bundesverfassungsgerichts zuzuordnen wäre und von diesem ergangen ist.

Leute, es ist gut und wichtig, solche Entscheidungen publik zu machen, aber genauso wichtig und gut ist es, dann auch die richtigen Stellen und vor allem die richtigen Aktenzeichen dazu zu benennen. Kennt man sie nicht, sollte man auch nichts Falsches mitteilen. Jedenfalls ist das Aktenzeichen von Irfan nicht vom BGH sondern vom Bundesverfassungsgericht. Denkt in Zukunft auch daran, dass andere Gefangene sich auf so etwas stützen und berufen und dann aber falsche Aussagen machen würden. So helft ihr letztlich niemandem außer der Gegenseite. Und so etwas ist schwer aus der Welt zu bekommen oder zu berichtigen.

In diesem Sinne solidarischer Gruß,

Erwin A.

Ärger mit der Post

Immer wieder berichten Gefangene von „verschwundener Post“ (vgl. beispielsweise die Verlautbarungen der I.v.I im Mauerfall).

Um dem Thema auf Seiten der Deutschen Post AG nachgehen zu können, bieten sich drei weitere Wege (neben dem bekannten Nachforschungsantrag) an.

1.) Beschwerde beim Vorstandsvorsitzenden

Man wende sich brieflich an Dr. Frank APPEL (Vorstandsvorsitzender, c/o Deutsche Post AG, 53250 Bonn); der Kundenservice der Konzernzentrale bemüht sich dann um weitere Aufklärung.

2.) Bürgereingabe bei Bundesnetzagentur

In einer solchen Eingabe an die Bundesnetzagentur (Postfach 8001, 53105 Bonn) beruft man sich auf eine Verletzung von §2 PUDLV (Post-Universaldientsleistungs-Verordnung), der bestimmte Qualitätsmerkmale bei der Briefbeförderung vorschreibt (Schutz vor „Verschwinden der Briefe gehört hierzu). Denn gem. §5 PUDLV ist die Bundesnetzagentur verpflichtet auf solche Eingaben zu prüfen.

3.)Schlichtungsverfahren

Nach erfolglosem Nachforschungsantrag über den Verbleib einer Briefsendung kann auch eine förmliche Schlichtung beantragt werden, gemäß §10 PDLV (Postdienstleistungs-Verordnung). Hierzu wendet man sich an oben erwähnte Bundesnetzagentur unter Darlegung des Sachverhalts.

Alle die beschriebenen Eingabemöglichkeiten sind kostenlos!

Zum Schluss noch der Tip: Wer Probleme mit dem jeweiligen Telefonanbieter im Knast hat (z.B. TELIO die bundesweit auftreten). Auch hier gibt es die Möglichkeit eines Schlichtungsverfahren bei der Bundesnetzagentur. Achtung! Andere Adresse:

Bundesnetzagentur
Pappelgrund 16,
19055 Schwerin

gemäß §47a Telekommunikationsgesetz. So sieht §45eAbs. 2 TKG einen kostenlosen Einzelverbindungsnachweis vor; da diesen TELIO nicht liefert, läuft zur Zeit ein solches Schlichtungsverfahren.

Thomas Meyer-Falk

Die Entlassung oder der Fall in's schwarze Loch...

Wie sieht der Übergang zu einem Leben nach der Inhaftierung aus?

Ich möchte Dir über mein momentanes Wohlergehen und meine derzeitige Situation kurz etwas schildern. Ehrlich gesagt, bin ich selbst nach nur 3 Monaten Aufenthalt im „Hotel Seeblick zu Hof“ in ein sehr tiefes Loch gefallen.



Dieser Aspekt wird offensichtlich häufig gar nicht wirklich wahr genommen. Man baut sich gezwungener Maßen ein neues Alltagsleben hinter den Mauern auf, lernt viele Menschen kennen, „freundet“ sich teilweise mit Einigen an und ist ständig auf engstem Raum mit vielen Personen zusammen.
Man kann sagen es entwickelt sich im Knast eine eigene „Gesellschaft“, ein neues soziales Umfeld. Und auf einen Schlag - mit dem Tag der Entlassung - wird man wieder aus diesem neuen, gewohnten Umfeld heraus gerissen. Genauso wie am Tag des Haftantritts.
Nun muss man erneut in der Freiheit Fuß fassen, sich wieder neu orientieren und neue Strukturen aufbauen. Und zu allem Übel stellt man so auch noch fest, wer die wirklichen „Freunde“ hier draußen sind bzw. waren. Weiterhin hat man sich um sämtliche

Angelegenheiten, also Behörden, Auto, Wohnung etc. wieder allein zu kümmern. Im Knast schreibt man Antragsscheine oder mal einen Brief; hier draußen ist es schon wieder ein Gehetze und Gerenne...

Ich will nun keineswegs jammern, ganz im Gegenteil, dass Leben hier draußen, diese Weite und „Freiheit" ist natürlich wesentlich angenehmer als die 5m² Zelle im Knast, aber die radikale Umstellung, auf die man eigentlich rein gar nicht vorbereitet wird, bereitet sicherlich vielen Leuten Probleme. Und das ist wahrscheinlich auch der Grund, warum sehr viele Knackis wieder „rückfällig" werden, weil sie mit ihrem Leben draußen überfordert sind.

Bis bald:
Dominik,
ehemals JVA Hof.

Die Nerven liegen blank...

Unerträglicher Alltag in Brackwede

Ich habe einiges immer in mich reingefressen, was hier passiert. Jetzt reicht es mir aber, denn ich bin mit meinen Nerven am Ende und ich denke, dass man dies im Mauerfall mitteilen sollte.

Als erstes geht es um die ärztliche Versorgung, die mehr als miserabel ist. Eine Mitgefangene hat von ihrem Arzt draußen eine Bescheinigung, dass sie eine Venenerkrankung hat - doch der Arzt hier diagnostizierte bei ihr Rheuma. Dann lag hier eine Frau mit Bauchspeicheldrüsenkrebs, doch sie bekam Tabletten für die Lunge. Jetzt musste man sie entlassen, da sie im Krankenhaus im Sterben liegt. Auch das wird hier vertuscht. Ich hab die Information vom Anwalt. Ich selbst warte seit Jahren auf meine Allergiebescheinigung, was ich essen darf und was nicht. Ich bin Neurodermitikerin seit meinem 14. Lebensjahr, aber hier sagt man, "ich würde nur simulieren".

Es gibt selbst Probleme auf der Arbeit. Ich darf wegen meiner Allergien nicht putzen, nur mit latexfreien Handschuhen. Also gab man mir zwar Handschuhe, aber auf der Packung stand handgeschrieben "latexfrei". Das kann aber nicht sein, da ich sofort Ausschlag bekam. Jetzt behauptet man, ich sei zu faul zum arbeiten. Dabei mach ich auf Arbeit "keine" Pausen.

Beamte reden mit anderen Gefangenen über mich, was nicht rechtens ist. Ich fühle mich von einer Arbeitsbeamtin gemobbt. Am 14.07.09 wollte ich zum arbeiten, da sagte man mir, es wäre "keine Arbeit da". Dann wiederum meinte die Beamtin, es sei nur wenig da und das schafft die andere allein. Da sieht man mal wieder den Beamten ihre Lieblinge.

Die Post, die wir hier raus geben, wird zum Teil einfach geschwärzt oder nicht weiter geleitet und immer bei einer bestimmten Beamtin passiert so was. Das ist schon seltsam.

Am 27.03.09 wurde ich vom Offenen Vollzug mit zwei weiteren Frauen rückverlegt in den Geschlossenen, wegen eine Handys. Die beiden benutzten es anscheinend wirklich, meines war ohne Simkarte, also nicht benutzt. Aber trotz allem durften die beiden anderen am 07.07.09 wieder in den Offenen, ich sitze noch hier, und habe gar nichts.

Ich habe zwar den Offenen abgelehnt, aber auch mir stehen nach der Drei-Monats-Sperre wieder Lockerungen zu, denn ich hab mir in meinen Ausgängen/Urlauben nichts zu Schulden kommen lassen. Ich werde beiseite gedrängt und sehr ungerecht behandelt. Meine Nerven liegen blank.

Nicole Hoch (ehem. Scheuner)
Umlostraße 100
33649 Bielefeld

News um die 129er Schauprozesse in Düsseldorf und Stammheim

Nuri Eryüksel ist frei!

Einen Tag nachdem der zweite Strafsenat des OLG Düsseldorf entschieden hatte, dass die Beugehaft wegen andauernder Aussageverweigerung fortgesetzt werden sollte, hob der BGH nur die Beugehaft für den Zeugen im § 129 b Verfahren auf.

Nuri, der zuvor noch aus dem Gerichtssaal abgeführt wurde, konnte nur einen Tag später seine Genossen vor den Gefängnistoren begrüßen. Inwiefern die Verhängung von Beugehaft durch den 2.Strafsenat rechtens war, ist derzeit noch offen.

In Düsseldorf, Magdeburg und Berlin hatte es Soliaktionen für Nuri Eryüksel und den nach §129 b verfolgten Faruk Ereren gegeben.
Am eigentlichen Verhandlungstag wurde den rund 40 Prozessbeobachtern nicht nur zugemutet anzusehen wie der blinde Nuri Eryüksel wieder abgeführt wurde, es gab auch die Verlesung von Foltergeständnissen durch den Vorsitzenden Richter. Bei der Zusammenarbeit mit ausländischen Strafverfolgungsbehörden dürfen nach geltender Rechtslage keine unter Folter herbeigeführten Aussagen in deutsche Strafverfahren einfließen. Ein Rechtshilfeersuchen wird durch das Bundesjustizministerium nicht bewilligt, wenn die Gefahr von Folter oder die Anwendung verbotener Vernehmungsmethoden im ersuchten Staat droht. Fassungslos verfolgten die Prozessbeobachter, wie der Vorsitzende Richter sechs Seiten Vernehmung in „geraffter Form" verlas. Es handelte sich um die Aussagen von Gökhan Gündüz, der noch bis 2027 in der Türkei inhaftiert ist. Die Folterung von Gökhan Gündüz ist durch ein türkisches (sic!) rechtsmedizinisches Gutachten amtlich belegt.

Am 28.4.2009 hatte der 2.Strafsenat des OLG Düsseldorf in der Türkei getagt und den Gefangenen Gökhan Gündüz verhört. Dieser wies während der Vernehmung wieder und wieder darauf hin, dass das Dokument (Nr.20) zu dem er befragt wird, unter Folter entstand. Das behauptete Ereignis habe nichts mit ihm, Gündüz, oder Faruk Ereren zu tun, dass Geständnis sei unter Folter entstanden und Gündüz habe dagegen Strafanzeige gestellt. Einmal sagte Gökhan Gündüz dem Staatsanwalt der Bundesanwaltschaft (BAW) Heise ganz direkt, dass seine Fragestellung erkennen lasse, dass er - Heise - Folteraussagen für statthaft halte. So fragte der Staatsanwalt Heise den Zeugen Gündüz, ob es ihn beeindruckt habe, dass kurz zuvor sein, Gündüz´, Genosse bei einer Polizeiaktion hingerichtet wurde. „Haben Sie gedacht, dass auch Sie getötet werden könnten? Hat Sie das unter Druck gesetzt?" Sachliche Fragen sehen anders aus. Diese Frageweise ist die eines kalten unmenschlichen Bürokratismus, ein Bürokratismus, der sich in eichmannscher Manier seiner eigenen Ungeheuerlichkeit gar nicht bewusst ist oder es zumindest vorgibt. Gündüz schilderte wie die Aussagen entstanden. Es wurden Geständnisse erpresst mit groben Schlägen, Strom, kaltem Wasser und mit der Unterbringung in einer Zelle, die wegen ihrer Enge „Sarg" genannt wurde. Während der Folter blieben die Augen des Opfers verbunden, dann hielt der Vernehmungsbeamte dem Gefangenen ein Dokument hin, dass dieser mit verbundenen Augen unterschrieb, um die Qual zu beenden. Der 2. Strafsenat des OLG Düsseldorf entschied, dass oben genanntes Dokument kein Beweismittel für den dringenden Tatverdacht des Mordes sei.

Die Sitzungen finden im Prozessgebäude des Oberlandesgerichts, Kapellweg 36, 40221 Düsseldorf, statt. Die Sitzungen beginnen um 9.15 Uhr, nach Feiertagen um 10.30 Uhr.

ProzeßbeobachterInnen



mit den Betroffenen der 129 a/b Verfahren!

getroffen werden einige gemeint sind wir alle!

spendet auf das Solikonto der Roten Hilfe!



Nurhan Erdem zu ihren Haftbedingungen in Köln-Ossendorf

Stand vom 21 Juli 2009

Ich bin bin in Untersuchungshaft, Haus 13. Momentan befinde ich mich nicht nicht im Trakt, da es dort zu Zeit keine Abteilung für Frauen gibt.

Da ich isoliert bin, habe ich immer einzeln Hofgang und Duschen. Deswegen kann ich andere gefangene Frauen nur hören und sie auch nur sehen während ihres Hofgangs. Zusätzlich achtet das Wachpersonal strikt darauf, dass die anderen Gefangenen nicht mit mir reden. Die Beamten haben meine Zelle immer im Blick und achten darauf, dass niemand dort stehen bleibt oder sich hinsetzt. Während meines einstündigen Einzelhofgangs, können mich die anderen Frauen sehen. Am Anfang wurde ich als "Kindermörderin" und "Kannibalin" beschimpft, aber nach einer Zeit legte sich das. Nur das Personal darf meine Tür öffnen und mein Essen austeilen. Die Inhaftierten, die als "Hausmädchen" arbeiten, dürfen mir weder Essen noch Wäsche noch sonst was übergeben.

Beim Verlassen meiner Zelle, sei es zum Hofgang, Duschen oder Besuch, wird streng darauf geachtet, dass der Zellenflur menschenleer ist. Zur Zeit befindet sich keine Frau unter den selben Isolationhaftsbedingungen im Knast. Deswegen besteht für mich auch nicht die Möglichkeit Umschluß mit anderen zu haben.

Meine Post wird vom Gericht kontrolliert. Wenn Menschen mit mir in Kontakt treten möchten, können sie mir direkt in den Knast schreiben. Die Zellen neben mir werden meistens frei gehalten. Manchmal höre ich Stimmen, aber nach kurzer Zeit werden sie verlegt und es herrscht wieder Stille. Ich vermute, es wird darauf geachtet, dass die Gefangenen neben mir, sich nicht in auf Deutsch verständigen können.

Ich hoffe, dass dein Kommen genehmigt wird. (Besuche von einigen wurden verboten.) Auch wenn wir nur eine halbe Stunde Zeit haben, würde ich gerne mit dir reden, denn auch unter diesen Bedingungen können Gespräche geführt werden. Für mich was Anderes, wenn ich Besuch empfangen kann. Es ist schön mit einem zu reden, den ich vom Sehen kenne.

Nurhans Erdem
Rochustraße 350
50827 Köln



Schwerpunkt medizinische Versorgung

Schweinegrippe im Knast

Nun ist die Schweinegrippe auch im Gefängnis angekommen.

In der JVA Freiburg wurden Anfang August 14 Gefangene in Quarantäne genommen, sprich in das Krankenrevier verlegt, da sie Kontakt zu einem Wärter hatten der sich auf seinem Mallorca-Urlaub mit dem H1N1-Virus infizierte. Auch weitere Wärter gelten als potentielle Gefahr, da sie mit dem Mallorca-Urlauber eine Fahrgemeinschaft bildeten.

Zu leiden haben jedoch alle Insassen des Freiburger Gefängnisses, da vorbeugend die Anstalt nahezu völlig abgeriegelt wurde. Keinerlei Besuche durften empfangen werden, keine Transporte, keine Termine bei Gericht, keiner darf arbeiten (bis auf die Insassen der Küche und anderer ähnlich wichtiger Bereiche), selbst der nun alle 14 Tage stattfindene Einkaufstag steht auf der Kippe.

Bei allem Verständnis für Prophylaxe, dieses Maßnahmenpaket, das wohlgemerkt für die Insassen gilt, nicht nur die 14 unter Quarantäne stehenden, erscheint überzogen. Zumindest erhalten die Gefangenen die Lohnausfall erleiden diesen ersetzt (vgl. § 56 Infektionsschutzgesetz, Zahlungspflichtig ist das jeweilige Bundesland, vgl. § 66 IfSG).

Bis 9.8.2009 sind die Maßnahmen vorerst befristet; es bleibt abzuwarten wie danach verfahren wird. Angesichts der um sich greifenden Infektionsfälle, wir sind in der Hauptreisezeit, dürfte es noch weitere Knäste treffen.

Thomas Meyer-Falk,
c/o JVA-Z. 3113,
Schönbornstr. 32,
D-76646 Bruchsal

http://www.freedom-for-thomas.de
http://www.freedomforthomas.wordpress.com

Zu der Schilderung der Schwerstkranken aus der JVA Schwäbisch-Gmünd in Mauerfall No.20

Das ist typisch...daher bezeichne ich sowas ja auch als "Rachevollzug". Ich habe hier einen netten Kollegen, er ist Nigerianer, um den ich mich versuchte zu kümmern.

Er sollte im Vollzugskrankenhaus Wittlich operiert werden. Das tat man aber doch nicht, weil er weitere Erkrankungen hätte, für die er zu Spezialisten müsse und so schickte man ihn einfach zurück. In dem Befundbericht schrieb man allerdings nichts davon. Er klagte geraume Zeit über diverse z.T. starke Schmerzen an Hüfte und im Bauchbereich, außerdem sind seine Nieren auf über das Doppelte der Norm vergrößert. Er klagte mir sein Leid, nachdem er zum Arzt hier sagte, dass er sich das Leben nehmen wolle, wenn er jetzt keine Hilfe bekäme. Anstaltsleiter und Psychologe kamen dann bei ihm vorbei, ohne nennenswerten Erfolg. Ich forderte erstmal Befundkopien für ihn an und las sie mir durch. Dem Arzt bot ich mich als Vermittler an (auch wegen englischer Verständigung und Vertrauen des Gefangenen zu mir) und da mich der Arzt wohl schätzt, (u.a. wegen etwas angelesenem medizinischen Wissen), dankte er mir hierfür. Es folgten mehrstündige Gespräche unter sechs Augen und ich machte u.a. auf diverse Blutwerte außer der Norm aufmerksam, die übersehen wurden. Das machte unseren Arzt stutzig, er ordnete fachärztliche Untersuchung außerhalb der JVA an, sowie ordentliche Schmerzmittel für den Kollegen. Der Kollege meinte, dass dies das 1. Mal sei, dass er das Gefühl hatte, dass etwas für ihn getan würde! Das war ein kleiner Erfolg zwischen durch.
Unser relativ neuer Arzt ist recht gut, möchte auch wirklich etwas für die Gefangenen tun, wird aber oft von verschiedenster Seite "ausgebremst". Von der Leitung wegen Kostensenkung mal abgesehen, beginnt das oftmals schon auf den Abteilungen, dass man trotz Termin nicht zum Arzt gelassen wird - "Der Arzt ruft sie schon, wenn er etwas von Ihnen will", oder auch bei den Sani's mit "Jetzt nicht, der Arzt hat keine Zeit, melden Sie sich später nochmal"...obwohl der Arzt davon nix erfuhr...später bekommt man dann die Info "Nein, der Arzt ist schon weg, melden Sie sich nächste Woche zur Sprechstunde!" So saß ich schon beim Arzt, aber o.g. Kollegen ließ man nicht aus der Zelle.

Mike Diehl,
JVA Diez.

Aktueller Nachtrag:

Was mancher als Hilfsbereitschaft für Mitgefangene bezeichnen würde, ist hier eher verpönt und wird als Wichtigtuerei angesehen. Nicht nur von manchem Bediensteten, sondern besonders von einigen Sanis, die ja bei den '6-Augen Gesprächen' ausgeschlossen sind.

Nicht selten werden auch Anträge an den Arzt von einem Sani beantwortet, ohne das der Arzt davon erfährt. Oder der Arzt ordnet als medizinische Notwendigkeit etwas an und ein Sani gibt sein „Veto“ dazu ab! Wie die Machtverhältnisse ausarten können, zeigt auch darin, dass ein Gefangener im Krankenhaus liegt, der dortige Arzt hier anruft und den Anstaltsarzt sprechen möchte, für den sich dann ein Sani ausgab...! Für uns als Gefangene ist es mehr als bedauerlich, wenn ein Arzt nicht so verfahren darf, wie er es für medizinisch erforderlich hält; ohne dass man zuvor mit den Sanis diskutieren und sich rechtfertigen muss. Unser relativ neuer Arzt ist sehr bemüht, dass kann man ihm nicht absprechen – es bleibt nur abzuwarten, wie lange er dies noch sein darf...?!

Mike.

[Mit etwas Verspätung, für die ich mich ausdrücklich entschuldigen möchte, erscheint hier ein Beitrag vom Markus aus der JVA Werl der, wie ich denke, für alle (gerade beschäftigten!) Inhaftierten immens wichtig ist – Michel.]

Arbeitsunfähig durch den Arbeitseinsatz – und was ist mit der Ausfallentschädigung (§45) ?!?!

Ich möchte mal berichten was mir hier so passiert ist. Am 09.10.2008 wurde ich hier zur Arbeit in einem Pensumbetrieb eingeteilt.

Am Anfang war die Arbeit ganz OK, denn ich hatte Schokolade für Adventskalender kommissioniert. Am 05.11.2008 wurde mir dann eine neue Arbeit zugewiesen. Ich sollte Kabel in einem bestimmten Muster für die Fa. Rüchenbaum wickeln. Die Arbeit war sowas von monoton und der Chef hatte was dagegen wenn man sich mit den Arbeitskollegen unterhalten hat. Ach ja, Radio war auch verboten!

Aber jetzt kommt der Knaller! Das Pensum war so hoch, dass es nur eine handvoll Leute geschafft haben! Ich hatte es nicht geschafft und so wurde ich ständig von dem Chef nieder gemacht.

Aber all das war relativ harmlos!Es fing im Januar diesen Jahres an, dass ich bei der Arbeit Schmerzen in der rechten Schulter bekam. Es wurde von Tag zu Tag schlimmer und ich schaffte immer weniger Pensumleistung.

Anstaltsarzt und
Betriebsarzt

Am 03.02.'09 war ich beim Anstaltsarzt, weil die Schmerzen nicht mehr zu ertragen waren. Der Arzt hat mich dann aber als Simulant abgetan und weiter arbeiten geschickt! Er weigerte sich sogar mir eine Schmerzspritze zu geben, seiner Meinung nach war ich völlig gesund! Erst durch dutzende Beschwerden und Strafanzeigen habe ich es geschafft, einer fachärztlichen Untersuchung im JVK Fröndenberg vorgeführt zu werden. Erst dort hat man dann den Ernst der Lage verstanden und fing an mich zu behandeln!

Am 06.03.'09 wurde ich schuldhaft von der Arbeit geschmissen, weil man mit meiner Arbeitsleistung unzufrieden war. Das hieß auch, dass ich Haftkosten bezahlen sollte und auch sonstige Beeinträchtigungen hatte wie Freizeitsperre und so. Nur dank der Tatsache, dass ich so viele Beschwerden und Strafanzeigen geschrieben hatte, also juristisch vorgearbeitet hatte, wurde mein Krankenstatus am 29.04.'09 offiziell anerkannt! Jetzt muss ich zwar keine Haftkosten bezahlen, aber trotzdem bin ich seit Februar ohne Einkommen, weil ich arbeitsunfähig bin!

Ich stellte viele Anträge auf Kranken-/ Verletztengeld, aber diese wurden einfach nicht beschieden! Irgendwann erklärte man mir, dass ich mich selbst an die Unfallkasse NRW wenden müsse. Dies tat ich insgesamt 3-mal, aber bis heute habe ich keine Antwort bekommen! Im Strafvollzugsgesetz steht unter §45, dass einem Gefangenen eine Ausfallentschädigung zusteht wenn alle Faktoren stimmen, **aber** das Gesetz ist im StVollzG kursiv geschrieben, das heißt, dass der Bundesrat das Gesetz noch nicht ratifiziert hat, also das Gesetz/der § noch keine Gültigkeit besitzt!

Jetzt muss man sich vorstellen, dass ich arbeitsunfähig bin, weil es einige Leute im Vollzug als wichtig angesehen haben, meine Arbeitskraft bis zum letzten auszubeuten! Zum Glück bleibt mir der Weg über eine Zivilklage um Schadensersatz und Schmerzensgeld zu bekommen. Aber das müsste normalerweise automatisch erfolgen, so wie für jeden normalen Arbeitnehmer auch!

Da macht es sich der Staat wirklich leicht! Es gibt keine Rentenansprüche und wenn man durch die Sklavenarbeit auch noch arbeitsunfähig wird, dann gibt es auch keine Ausfallentschädigung, man wird dann netter Weise mit Taschengeld abgespeist! Ich werde mir das nicht bieten lassen und ich werde kämpfen, ob ich Recht bekomme steht auf einem anderen Blatt Papier.

Frage an Euch: Gibt es ähnlich gelagerte Fälle und was ist der beste Weg??? Vielleicht hat ja jemand einen Rat für mich???

Ich danke Euch, dass Ihr meine Zeilen gelesen habt und danke Michel, dass er sie gedruckt hat. Ich sende solidarische Grüße an all meine Haftkollegen und all den positiv eingestellten Menschen da draußen die unsere Zeilen lesen.

Alles Gute:

Markus Dickhoff
c/o JVA Werl
Langenwiedenweg 46
59457 Werl

Hallo,
seit längerer Zeit schon habe ich Briefkontakt in bayrische Knäste und die Zustände dort sind teilweise mittelalterlich. Heute mein spezieller Beitrag dazu, wobei weder der Gefangene groß in Erscheinung treten will (er weiß nicht, daß ich darüber schreibe), noch hätte ich gern meinen Namen genannt. Doch ich verfolge das skandalöse Geschehen dort schon zu lange kommentarlos.

Gott in Weiss...

Diesen Titel nimmt der Anstaltsarzt der JVA Bernau/Chiemsee wörtlich und spielt göttliches Strafgericht.

Nein, die Freiheits-Beraubungs-Strafe, die ein weltliches Gericht einem älteren Dieb auferlegte, genügte ihm scheinbar nicht mehr und so entschloss dieser Göttliche, dass der Deliquent in Zukunft sein Los auch noch mit quälenden Darmschmerzen ertragen muss.

Er verweigerte ihm von jetzt auf nachher und ohne Untersuchung und ohne Information darüber die dringend benötigte Dauermedikation, die dieser seit einiger Zeit erhalten musste, wegen den Folgen einer Wirbelsäulenverletzung.

Man könnte diese Verletzung auch operativ beheben, doch wer trägt die Kosten? Der damals behandelnde Arzt entschloss sich aus Kostengründen zur medikamentösen Dauer-Schmerzbehandlung – die der jetzige Arzt nun Knall auf Fall auf Null setzte.
Der arme Schmerzgeplagte leidet nun mehrfach.
Da er wegen der nun ständigen Schmerzen sowieso keinen Appetit mehr verspürte, entschloss er sich zum offiziellen Hungerstreik und hält diesen schon einige Wochen (!) still in seinem Kämmerlein, im Bett liegend, durch, da er sowieso nicht die Möglichkeit hat, sich zu bewegen, weil jegliche Lageveränderung ihm unerträgliche Schmerzen verursacht.
Die Anstaltsleitung zeigt sich beunruhigt und bemüht... Gott bleibt göttlich. Man versprach dem Hungernden sogar, über seine beantragte Verlegung in eine andere Anstalt, nachzudenken, doch leider könne man einen Streikenden unmöglich verlegen.
Halte durch mein „Alter“, es sind ja nur noch 300 Tage bis Endstrafe!

Viel, viel Mut und baldige Besserung wünsche ich Dir von ganzem Herzen!
Dein H.H.

Vielleicht habt ihr Lust die Geschichte zu drucken?! Liebe Grüße und viel Mut!



[Nachfolgend erscheint hier ein Beitrag aus dem letzten 'Gefangenen-Info' von dem griechischen Gefangenen Savvas Xiros über die (Zwangs)Medikamentation in den griechischen Knästen. Da nicht alle von Euch das G.I. bekommen, ich aber diese Diskussion für sehr wichtig halte, stelle ich den Text hier vor. Einige Gefangene haben mich in der letzten Zeit immer wieder auf das Thema der (Zwangs- bzw. Knast)Psychiatrie angesprochen. Mit diesem Text könnte das immens wichtige Thema verstärkt angestoßen werden. Also, diskutiert mit, schreibt und berichtet von Euren Erfahrungen, aus Eurem Alltag. Michel.]

Hier die Einleitung der Redaktion aus dem letzten Info:

Offene oder auch heimliche Medikation in Gefängnissen ist ein Thema, dass sicherlich nicht nur Griechenland betrifft. Für die von Savvas angeregte Diskussion und den Austausch von Erfahrungen bietet sich das Gefangeneninfo als Plattform an. Damit können sowohl Schwierigkeiten eines Austausches über Briefe (Sprache, Zustellung) vermieden, als auch gewährleistet werden, dass alle Beteiligten und Interessierten immer alle Beiträge lesen können. Zuschriften zum Thema bitte direkt

an das Gefangeneninfo schicken, sie werden dann in der jeweils folgenden Ausgabe veröffentlicht.]



Diskussion...

Massenweise Verabreichung von Medikamenten in griechischen Gefängnissen

1. Einleitung

In meinem neuen Buch versuche ich zu skizzieren, wie die Gefangenen in den Gefängnissen Griechenlands mit Medikamenten mit denen ihr Erkenntnisvermögen herabgesetzt wird, manipuliert werden.

Savvas Xiros,
Verlag A. Romero, 2009.
Bisher nur auf griechisch erhältlich.

Bei den in diesem Text kursiv gesetzten Stellen handelt es sich um Zitate aus dem Buch.) Hilfreich beim Schreiben waren meine Erfahrungen mit der Verabreichung von Psychopharmaka „unter Zwang und zur Beugung des Willens“ während meines 65 Tage langen Aufenthaltes auf der Intensivstation, wo moderne medikamentöse und andere Verhörmethoden angewendet wurden. (Anmerkung d. Übers.: Savvas hat diese 65 Tage Verhör auf der Intensivstation in einem Buch beschrieben, das auch auf deutsch erhältlich ist: Savvas Xiros, “Guantanamo auf griechisch - zeitgenössische Folter im Rechtsstaat”, Pahl-Rugenstein-Verlag, 13,90 Euro) Ebenfalls hilfreich waren die Erfahrungen aus der Einnahme anderer Medikamente, die mir im Zuge von 13 Operationen seit der Explosion der Bombe in meinen Händen im Sommer 2002 bis heute verabreicht wurden. Absicht des Buches ist die Weitergabe einer persönlichen Erfahrung an andere Gefangene, in der Hoffnung, dass sich daran eine Diskussion entzündet, oder zumindest ein Nachdenken über die Verabreichung von Psychopharmaka in den Gefängnissen und vor allem über deren Ausmaß und die Richtung, die diese angenommen hat. Momentan entwickelt sich die Verabreichung von Psychopharmaka, im Einklang mit den transatlantischen Werten und ökonomischen Auffassungen, denen sich auch die medizinische Wissenschaft unterordnet, zur hauptsächlichen Methode der Bewachung. Dieser Praxis wird mit der falschen aber allgemein verbreiteten Überzeugung, dass „die Einnahme von Substanzen eine der Charakteristiken der Gefangenen darstellt und ausschließlich ihrem eigenen Willen entspringt“ ein Alibi verschafft. Dabei wird ignoriert, dass der Wille der Gefangenen täglich und auf vielfältige Weise durch ein Gefängnissystem genötigt wird, das als hauptsächliches Ziel die Zerstörung ihrer Persönlichkeit und die Herausbildung eines Charakters nach vom Gefängnis vorgegebenen Muster hat. Danach ist der ideale Gefangene allgemein der mit den wenigsten Ansprüchen. Und die wenigsten Ansprüche hat ein willenloser und deswegen beliebig manipulierbarer Gefangener.
Zur Beibehaltung dieser Praxis trägt auch die in der Regel unbewusst herrschende Auffassung bei, nach der Gefängnis nicht nur die Beschneidung der Freiheit bedeutet - wie es vom Gesetz vorgegeben ist und auf dem Papier steht - sondern vielmehr eine Gefängnis-Hölle, die umso wirkungsvoller zur Abschreckung gegenüber mutmaßlichen Gesetzesbrechern dient, je härter und unmenschlicher ihr Durchmachen ist. Eine Logik der exemplarischen und vernichtenden Strafe als Lehre und zur Unterwerfung der Übrigen, eine Logik, die zwar nicht ausgesprochen, aber lautlos in der Gesellschaft verbreitet wird, um stillschweigende Duldung oder höchstens vage Proteste gegenüber Praktiken, wie der hier dargestellten zu erreichen.
Ein realistischer Blick auf Aufbau und Ablauf moderner Gefängnissysteme in den entwickelten Ländern führt mühelos zu dem Schluss, dass ihre Existenz in dieser Form ohne die Verabreichung von Psychopharmaka nicht möglich wäre. Nicht die beschränkte, in Ausnahmefällen verabreichte, legale-offene und notwendige, sondern die illegale-heimliche und massenweise Medikation, eine Praxis, die den Grundstein der Bauweise heutiger Gefängnissysteme bildet.
Es gibt also Ausgangspunkte, die Möglichkeit und vor allem triftige Gründe auf jede Weise einen derartig starken und gleichzeitig sensiblen Punkt des Systems anzugreifen.



2. Feststellungen

Aus einer ganzen Reihe von Beobachtungen hat sich ergeben, dass neben vorbeugender Medikation zu ruhigen Zeiten mit Hilfe von Psychopharmaka eine allgemeine Ruhigstellung von geringer Intensität aufrecht erhalten wird, die allerdings bei der Gefahr eines Aufstandes und in „Ausnahmezuständen“, wie z.B. während politischer Prozesse, gigantische Ausmaße annimmt. „Diese Praxis ist in den medizinischen Unterlagen des Gefängnishospitals im Gefängnis Korydallos aufgezeichnet. In den dortigen Büchern sind für Anfang Februar 2004 ungefähr 450 Gefangene verzeichnet, denen Psychopharmaka verabreicht wurden. Innerhalb eines Monats, genau während der Hungerstreik der politischen Gefangenen gegen ihre Haftbedingungen am Laufen war, hat sich diese Zahl fast verdreifacht, so dass von etwa 2500 Gefangenen die Anzahl der „Kranken“ von einem Fünftel auf die Hälfte der Gefangenen anstieg. Keine epidemiologische oder andere Untersuchung kann einen derartigen Anstieg psychisch Kranker innerhalb eines derartig kurzen Zeitraums erklären - was sollte ein derartig erschütternder Auslöser gewesen sein können - es bleibt also nur die ohne Zögern verabreichte biochemische Ruhigstellung, um ein etwaiges Überspringen zu verhindern.“ Die meisten Substanzen werden heimlich und massiv über die Lebensmittel und das Wasser verabreicht. „ Für die Verabreichung von Substanzen, ohne dass der Gefangene davon Kenntnis nimmt, wird der Weg über die Gefangenenernährung gewählt. Einige Substanzen werden im Trinkwasser aufgelöst. Bei einem Versuch, bei dem etwa 4,5 Liter Wasser bei niedrigen Temperaturen (auf der Heizung) langsam verdampft wurden, verblieb eine nicht unerhebliche Restmenge einer dickflüssigen braungelben Flüssigkeit, die einen Geruch zwischen Lack und unbenutztem Plastik (z.B. Frischhaltefolie) aufwies. (...) Starke Substanzen, wie leichte oder starke Beruhigungsmittel werden mit den „besonders gutem“ Essen verabreicht, mit zusätzlichen verlockenden Delikatessen, regelmäßig oder aus besonderem Anlass, zu Zeiten, in denen eine erhöhte Ruhigstellung erforderlich ist. Das wurde erkannt als eine Katze nach dem Verzehr eines Sonntagsessens völlig lethargisch wurde. Auch wenn man sie woanders hin brachte, schlief sie weiter, ohne sich zu wehren. Das gleiche Phänomen wurde bei anderen Anlässen auch bei anderen Katzen beobachtet.

Mit dem Brot verabreichte Substanzen wurden anhand des Verhaltens von Tauben nachgewiesen. Im Hof für den Ausgang werden oft Brotkrumen für die Vögel ausgestreut. Tauben, die quicklebendig landen, erinnern, kaum dass sie vom Gefängnisbrot gefressen haben, an schwindelige Hühner. Es bereitet ihnen große Schwierigkeiten zu fliegen, sie stoßen vor die Mauern und die Zäune, da die verabreichte Substanz die Erweiterung der Pupillen (Mydriasis) verursacht.
Bezeichnenderweise werden von Gefangenen und Vorbeikommenden innerhalb und in der Umgebung des Gefängnisses von Korydallos täglich tote Tauben gefunden. Die heimliche Verabreichung von Substanzen lässt sich auch statistisch belegen, da beobachtet wurde, dass die Gefangenen nicht an Erkältungen oder andere für die Bevölkerung übliche Krankheiten leiden sondern an Symptomen einer Übermedikation wie: Überfunktion der Leber (medikamentöse Hepatitis), Unterfunktion der Nieren, für die Jahreszeit seltene Infektionen, Hautkrankheiten, Allergien und Herzinfarkte oder Schlaganfälle. […]. Die massenweise und langjährige Medikation dieser Substanzen hat aufgrund dauerhafter und innerer Ödeme als Folge, dass insbesondere Organe (Lunge, Nieren, Gehirn) geschädigt werden, während die durch sie hervorgerufenen Herzrhythmusstörungen für die überdurchschnittlich hohe Anzahl an Herz- und Schlaganfällen in den Gefängnissen verantwortlich sind.“ .

3. Methode der Abhängigkeit

„(...) eine langjährige Medikation trägt bei Gesunden und Kranken genau wie die Unterlassung einer individuellen, zeitlich und quantitativ abgestimmten Nichtbehandlung Letzterer“ zur Ausbildung von Ausschlägen, Hauterkrankungen oder anderen anscheinend unerklärbaren Symptomen bei. In solchen Fällen wird im Gefängnis eine Medikation eingeleitet, theoretisch „mit Zustimmung“ des Empfängers. Dazu trägt in besonderem Maße die Praxis des Gesundheitsdienstes und hier insbesondere der neurologischen und psychiatrischen Abteilung bei. Für jeden neuen Gefangenen, der bei Auftreten der ersten Beschwerden und Symptome die Krankenstation aufsucht, wird ein Krankenblatt angelegt in dem als Diagnose die Standardeinschätzung, nach der das Problem psychologisch sei, festgehalten wird. Danach wird er mit eigener Zustimmung einer Behandlung unterzogen, die ihn von Medikamenten abhängig macht. Auf diese Weise und mit der Verabreichung selbst schwacher Beruhigungsmittel entzieht sich das Gefängnis jeder Verantwortung sogar im Falle eines Todes (Überdosis, Aspirationstod (Einatmen fester oder flüssiger Stoffe), Lungenödem, o.a.).“ Ein Drittel der etwa 13.000 Gefangenen in griechischen Gefängnissen wurde wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz verurteilt. „Die eingesperrten Süchtigen, insbesondere die Abhängigen, deren Anzahl allerdings unter der wegen Drogendelikten Weggesperrten liegt, bilden das ideale Alibi der Gefängnisse für Todesfälle aufgrund von Übermedikation. Unter ihnen gibt es auch die meisten Opfer, denn die Giftigkeit (Toxizität) der im Gefängnis genommenen Drogen addiert sich zu der der von ihnen unwissentlich eingenommenen Medikamente.

4. Mobilisierung auch der Wissenschaft

Beim Zentralen Nervensystem und dem Erkenntnisvermögen ist es „das hauptsächliche Ziel, das Reaktionsvermögen zu beeinträchtigen und zu verlangsamen, was als erste sichtliche Folge ein Unvermögen, sich zu konzentrieren und sofort Entscheidungen zu fällen aufweist.“ Für die Verschleierung und Legalisierung der biochemischen Ruhigstellung werden teilweise bekannte Syndrome der Psychiatrischen Wissenschaft herangezogen, die willkürlich verallgemeinert und teilweise sogar verdreht werden. Ein psychiatrischer Gutachter gab vor Gericht in Bezug auf die massenhaft auftretenden Symptome an: „Die lassen sich natürlich absolut damit erklären, dass er (der Autor) Häftling ist. Mindestens die Hälfte der Inhaftierten haben derartige Symptome.“
(Anmerkung des Autors: Der Zynismus, mit der vom System Psychiatrie und Pharmakologie benutzt wird, um bekannte-vorhandene Syndrome (Verhaltensweisen) auszudehnen und bei einer Menge von 6500 und mehr Eingesperrten zu erzeugen, die keine Möglichkeit zur Verteidigung haben, ist bewundernswert. Auch wenn jemand einwendet, dies geschehe unabhängig von der Verabreichung oder nicht Verabreichung von Psychopharmaka, so ist aus den offiziellen Haftbedingungen, als psychologische Folge nur die massenhafte Wut erklärbar, aber keine derart ausgerichtete Abweichung (z..B. massenhafte Unfähigkeit zur Konzentration) derartigen Ausmaßes .Folglich liegen die Ursachen dafür in den undeklarierten Haftbedingungen.)“ Auf diese Weise entsteht eine rassistische Sichtweise nach der es einerseits selbstverständlich erscheint, dass ein Gefangener sich widerspruchslos zu fügen hat und andererseits davon ausgegangen wird, dass er von niedriger Bildung und mit einem Unvermögen ausgestattet ist, die ihn automatisch und unbesehen zu den für die Gesellschaft Unbrauchbaren und Erfolglosen gehören lässt.

5. Psychotrope Auswirkungen

„Für einen Besucher, der die Gefangenen unberührt von den herrschenden Vorurteilen betrachtet, wird die Beeinträchtigung des Erkenntnisvermögens im Allgemeinen deutlich durch Verhaltensweisen wie: Selbstaufgabe (Interessenlosigkeit, Zögerlichkeit), Heben der Stimme im Gespräch (oberflächliche Themen, kein Realitätssinn), Verlangsamung von Gehen und Reaktionen (verringerte Reflexe) und beim Beantworten von Fragen, Forderungen hinsichtlich drittklassiger Angelegenheiten oder kurzzeitiger Probleme (Schwäche beim Setzen von Präferenzen)“. Unter den Einwirkungen auf das Zentrale Nervensystem werden beobachtet: „ Minderung des kritischen Bewusstseins und des kreativen Denkens. In extremen Fällen dieses Symptoms funktioniert das Gehirn nur unkreativ wiederholend (repetierend), hauptsächlich auf Grundlage des im Langzeitgedächtnis Gespeicherten, während jede Initiative von Unsicherheit gehemmt wird. In diesem Fall braucht es für jede Entscheidung entweder einen ‚Ratgeber’ oder übermäßig viel Zeit, sonst wird aus der augenblicklichen Laune heraus entschieden. Auf Einwände können nur schwierig Argumente gefunden werden - fehlendes kreatives Denken - was zu Gereiztheit und wütenden Reaktionen führt, die zur schrittweisen Herausbildung eines unbekannten künstlichen Ichs beitragen.“

„Die Herabsetzung des kritischen Bewusstseins und die Konzentrationsschwäche in Verbindung mit der Schwächung des unmittelbaren und Kurzzeitgedächtnisses, führen zu Unwillen und Ungeduld bei Gesprächen über Themen, die Initiativen oder Entscheidungen erfordern und zu ständigem Unterbrechen des Gesprächspartners, im Versuch zu verhindern, dass ein Argument wieder aus dem Gedächtnis verschwindet. Das hat Gereiztheit, Unverständnis und Missverständnisse zur Folge, weil in diesem Fall jeder nur seine eigene Stimme hört. Diese Symptome erstrecken sich nicht auf gangbare und eingewurzelte Themen (z.B. das Wetter oder jeder andere vorherbestimmte Dialog), die kein kreatives Denken benötigen und beschränken so die Gesprächsthemen mit der Folge einer durchdachten modernen unsichtbaren Isolation. (...) Dieser spezifische erzeugte psychische Zustand und die Unkenntnis der tatsächlichen Möglichkeiten und Schwächen führt zu hitzig und unüberlegt gefassten Entscheidungen, die zukünftige Entscheidungen vorherbestimmen, damit man nicht als wankelmütig angesehen wird. Ein Zurücknehmen derartiger Entscheidungen, nachdem einem deren Folgen bewusst geworden sind - ein langwieriger Prozess - hängt von der Ausgeprägtheit des eigenen Egoismus ab.

„Die oben geschilderte Methode passt vollständig zur Logik der Entwickler der zeitgenössischen Gefängnisse und Weißen Zellen; zur illegalen Logik der perfiden Rache - immer mit humanistischer Umhüllung - aber auch der skrupellosen Ausbeutung ihrer Folgen, ob diese nun als bekannte Syndrome auftreten, wobei die Verantwortung dem Opfer zugeschoben wird, oder ob sie mit psychiatrischen Begriffen nach der Art eines Physiognomisten (Anmerkung d. Übers.: Physiognomik ist eine Pseudowissenschaft bei der anhand von körperlichen Merkmalen auf den Charakter eines Menschen geschlossen wird.) ausgelegt werden, - wie es in Deutschland mit Ulrike Meinhof geschah, als bei ihr ein Geschwulst im Gehirn festgestellt wurde - wobei jedem Gefangenen ein Hang zum Gesetzesbruch als unveränderliche Eigenschaft zugeschrieben wird: ‚also verfügt jeder Gefangene über niedere Instinkte und befindet sich so zu Recht mit biochemischen Mitteln von der Realität isoliert oder jeder Reaktionsmöglichkeit beraubt und das Gemeinwesen betrachtet ihn zu Recht als niederes Wesen’. Eine Logik, die in der für jeden, aus welchem Grund auch immer er gefesselt die Gefängnistore passiert, herrschenden rassistischen Auffassung endet, eine Auffassung, die auf die eine oder andere Art auch der Gesellschaft aufgezwungen wird.“

Gefängnis Korydallos
Savvas Xiros
1. Mai 2009

Knastpsychiatrie, Zwangspsychiatrie...

Das Thema Knastpsychiatrie – was eher eine Zwangspsychiatrie ist – ist ein sehr altes Thema im deutschen Strafvollzug.

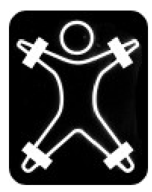
Ich kann mich an die Zeiten des kalten Krieges erinnern, als sich hier im Westen darüber aufgeregt wurde, dass in der Nähe von Moskau – keine 20 Kilometer entfernt – Regimekritiker zwangspsychiatrisiert wurden.



Die Personen wurden „abgeräumt“ und der Öffentlichkeit als „Irre“ verkauft. Zur selben Zeit des kalten Kriegs wurden in ganz West- und Südeuropa auch Menschen gegen ihren Willen zwangspsychiatrisiert, ob nun in den Knästen oder weil sie irgendeine politische Null angegriffen hatten. **(1)** Das Problem heute mit der Knastpsychiatrie ist, dass derweil kein

Unterschied zwischen Strafgefangenen und echten psychiatrischen Fällen gemacht wird. So landen in Germoney viele Psychiatriefälle in den Knästen weil es billiger ist als eine wirkliche therapeutische Hilfe. Es zählen vielmehr die Kosten und weniger das Delikt oder der Fall – von Recht ganz zu schweigen...

Wenn immer mehr psychiatrische Fälle in deutschen Zuchthäusern landen, ist das Repressionssystem dazu berechtigt, auch verstärkt und noch intensiver im Knast die Psychiatrie einzusetzen. Das heißt, es werden immer mehr Menschen in Zuchthauspsychiatrien – allgemein Propellerstationen genannt – weggesperrt. Wenn sich das einmal 'einbürgert' und keiner mehr was daran auszusetzen hat, werden auch Nicht-Psychiatrische Fälle, also widerständige, kämpferische und rebellische Gefangene in Psychiatrien, und zwar den hauseigenen, verbunkert und ruhig gestellt werden. Das könnte dazu führen, dass schon der geringste Anlass zu einer Fahrt in die Knastpsychiatrie einlädt.



Gegen Zwangseinweisung und Zwangsbehandlung

Damit keine falschen Gedanken aufkommen - in den Knastpsychiatrien gibt es nicht das 'geschulte Personal', oft sind es einfache Sanitäter und Ärzte, die irgendwie draußen keinen Fuß auf den Boden bekommen haben.

In den 90er Jahren als es auch in Baden-Württemberg Häftlingsrevolten gab und auch mehrere Leute in den Hungerstreik getreten sind, wurden einige dann in die Knastpsychiatrie Hohen-Asperg verlegt. Ich selbst war zu der Zeit auch dort und habe mitbekommen, wie die Gefangenen dort mit den Psychopharmakas aus den 'Bauchläden' der Sanitäter 'therapiert' wurden.

Eine andere Form der der Knastpsychiatrie ist die Sozialtherapie. Dabei kann ich allerdings nur von Baden-Württemberg berichten. Auf dem Hohen Asperg gibt es neben der Knastpsychiatrie auch die Sozialtherapie – beide Stationen auf einem Fleck.
In Hohen-Asperg, der auch „Idiotenbuckel“ genannt wird (weil das schmucke Bauwerk, eine alte Festung, auf einem Berg liegt) regiert der Anstaltsleiter Godebauer – sein Wort ist Gesetz! Der 'Rest' ist nebensächlich und der Mann und seine Vorstellungen von den baden-württembergischen Ministerien geschützt und gedeckt. Er kann schalten und walten wie er will, alles tun, was ihm und seinen Weltvorstellungen entspricht. Das Ergebnis ist klar: steigende Rückfallquoten und verstärkte Kriminalität. Den Leuten wird verboten außerhalb der Räumlichkeiten ihrer Abteilung mit anderen Menschen zu reden. Beschlüsse von Gerichten sind außer Kraft, wer auf seine Rechte beharrt, wird vom 'Buckel' abgeschossen und in die alte Vollzugsanstalt zurück verlegt. Ausgestattet mit Papieren, die eine Entlassung fast unmöglich machen. Diese praktizierte Behandlung in dieser Anstalt ist darauf ausgerichtet Menschen zu brechen. Sozialtherapie in Hohen-Asperg ist eine absolute 'A-Sozialtherapie' – dort werden Menschen in mehreren Jahren (Mindestdauer 5 Jahre und mehr) zu geistigen und sozialen Krüppeln gemacht. Das Vollzugsziel ist dann mit Asozialität und der Abhängigkeit vom Staat durch 'Hartz IV' und ähnliches, erreicht. In der Sozialtherapie Asperg werden Alkoholiker und Abhängige herangezüchtet.
Wer diese Tortur in Asperg überstanden hat und die Anstalt endlich verlassen kann, ist kaputt und fertig. Schlimmer noch als im kalten Krieg in der Nähe von Moskau...

Roland Schwarzenberger,
JVA Bruchsal.

[(1)vergl. hierzu die Aussagen von Edgar H. Schein, Ph.D.Associate Prof. of Psychology: ***„Wenn wir feststellen, dass die Methoden von den Kommunisten und einigen unserer eigenen Institutionen der Verhaltensänderung angewandt werden, haben wir natürlich ein Dilemma. Sollten wir deshalb unsere eigenen Methoden verdammen, weil sie der Gehirnwäsche ähneln? Ich ziehe es vor, zu denken, dass die Kommunisten genauso wie wir aus dem gleichen Reservoir menschlicher Weisheit geschöpft haben, aber sie haben diese Weisheit zum Erreichen von Zielen eingesetzt, die wir nicht verzeihen können. Im Dienst unterschiedlicher Ziele können diese gleichen Techniken jedoch für uns akzeptabel sein. Statt zu sagen, dass manche Umerziehung von Erwachsenen wie Gehirnwäsche und deshalb schlecht ist, würde ich lieber sagen, dass Gehirnwäsche wie manche Art der Umerziehung von Erwachsenen ist und deshalb einige gute Eigenschaften hat wie ich zu zeigen versuchen will...“*** **- Anm. Michel. -]**

Folter in Jugendgefängnis

Anfang Juli 2009 wurde ruchbar, dass mehrere Gefangene in der Jugendstrafanstalt Regis-Breitingen im Frühjahr 2008 einen Jugendstrafgefangenen über Wochen schwer misshandelt haben sollen; am Ende sollen die Täter versucht haben, ihr Opfer zu töten, was ihnen jedoch misslungen sei

Der Aufschrei in den Medien war groß; nicht so groß wie im November 2006, als in der JVA Siegburg (bei Bonn) ein Mitgefangener zu Tode gequält wurde, jedoch immerhin. Es gab zahlreiche Berichte in den regionalen und überregionalen Medien über den Fall an sich und die Situation speziell in Jugendgefängnissen im Besonderen.

Was war geschehen?

Insgesamt neun Gefangene zwischen 15 und 24 Jahren sollen ihr Opfer, einen 18-jährigen Mitgefangenen, zwischen April und Mai 2008 geschlagen, mit kochendem Wasser verbrüht, bedroht und schließlich versucht haben zu erdrosseln. Die Staatsanwaltschaft Leipzig hat die Tatverdächtigen zwischenzeitlich angeklagt. Empört zeigte sich der Bürgermeister von Regis-Breitingen bei Leipzig darüber, dass er als Vorsitzender des Anstaltsbeirats 2008 nicht von dem Vorgang zeitnah informiert worden sei. Beim Anstaltsbeirat handelt es sich meist um Politiker oder sonstige Honoratioren aus der Gemeinde der jeweiligen Anstalt, die nach dem Gesetzeswortlaut "bei der Gestaltung des Vollzuges und bei der Betreuung der Gefangenen" mitwirken (vgl. § 163 StvollzG). Insbesondere haben sie durch Anregungen und Verbesserungsvorschläge den Anstaltsleiter zu "unterstützen".

Im Haftalltag erleben viele Gefangene die jeweiligen Beiratsmitglieder als eher desinteressiert, oder aber als verlängerten Arm des Anstaltsleiters. Aufschlussreich war in vorliegendem Fall eine Pressemitteilung des Sächsischen Justizministeriums vom 06. Juli 2009 (Medieninformation 64/09), denn dort merkte man an, der Beirat der Anstalt sei "im Juni 2008 über die Misshandlung des Gefangenen und die Einschaltung der Staatsanwaltschaft informiert" worden.

Und so musste am 15.07.2009 der erwähnte Beiratsvorsitzende kleinlaut einräumen, dass er tatsächlich seinerzeit informiert wurde, jedoch habe man ihm keine Details mitgeteilt, schob er nach.

Dies deckt sich mit den Erfahrungen der Gefangenen anderer Anstalten: Die Beiratsmitglieder sitzen mit der Anstaltsleitung bei Kaffee und Keksen zusammen, gelegentlich werden sie durch Teile der Anstalt geführt. Und wenn sich mal ein Gefangener zu einem Gespräch meldet und um Hilfe bittet, darf der Betreffende schon froh sein, wenn er am Ende die Mitteilung erhält, man werde die Anstaltsleitung bitten, Stellung zu nehmen. Und mit der dann eingeholten Stellungnahme ist die Angelegenheit auch beendet; d.h. kritisches Hinterfragen der Haltung der Anstaltsleitung ist eine Seltenheit. Gerne wird sich jedoch mit der Urkunde geschmückt, die es für dieses Ehrenamt seitens des jeweiligen Bundeslandes gibt.

Gewalt in Gefängnissen, und gerade in Jugendstrafanstalten ist Alltag!

Wo Menschen mit problematischen Biografien auf engstem Raum zusammengepfercht werden, man ihnen die Möglichkeit nimmt, einander auch auszuweichen, gedeihen Nächstenliebe und Friede in den seltensten Fällen. Auch wenn dies das Verhalten der mutmaßlichen Täter nicht entschuldigt, so sollten gerade solche Vorfälle Anlass sein, über Alternativen zu den Knästen nachzudenken. Aber es ist genauso zu fragen, weshalb weder der Beirat (dem übrigens auch eine Abgeordnete der LINKE angehört) noch der Justizminister von sich aus 2008 die Öffentlichkeit informierten. Der Minister behauptet, der "Schutz der Persönlichkeitsrechte der betroffenen Jugendlichen" (vgl. Medieninformation vom 06.07.2009) habe im Vordergrund gestanden. Soviel Fingerspitzengefühl bewies Minister Mackenroth vor einigen Jahren, als er seine Solidarität mit Polizei-Vizepräsident Daschner (dieser hatte einem Verdächtigen Folter androhen lassen) bekundete, nicht; aber vielleicht ist Folter für ihn auch deshalb nicht etwas allzu außergewöhnliches.

In deutschen Gefängnissen werden nach einschlägigen Untersuchungen (vgl. "Sicherheitsempfinden im Justizvollzug" in: Justiznewsletter der Führungsakademie im niedersächsischen Justizvollzug, Ausgabe 10 vom 16.04.2009, http://www.fajv.de) fast 30 % der Inhaftierten während ihrer Haftzeit Opfer von Gewalt, Bedrohung oder Erpressung (nur übertroffen z.b. von Lettland, Polen und Litauen).
Seit Gefängnisse existieren, gibt es Folter und

Übergriffe, ob nun seitens Gefangener auf Mitgefangene oder Wärter auf Inhaftierte -- und solange es Gefängnisse geben wird, hat diese Gewaltspirale kein Ende!

Thomas Meyer-Falk

Freiheit um welchen Preis?

Gericht verweigert Freilassung von Meyer-Falk

Nach meiner Festnahme 1996 wurde ich 1997 vom Landgericht Heilbronn wegen eines versuchten Banküberfalls zu 11 1/2 Jahren und Sicherheitsverwahrung verurteilt. In weiteren Verfahren kamen summa summarum 5 Jahre und 3 Monate Haft hinzu, da sich einige RichterInnen und PolitikerInnen von mir beleidigt, bzw. bedroht fühlten.

Nachdem 2007 von den Strafen zwei Drittel verbüßt waren, beantragte ich meine Freilassung auf Bewährung. Dies lehnte das Landgericht Karlsruhe (Vorsitzender Richter Kleinheinz, Richterinnen am Landgericht Görlitz und Herlitze) mit Beschluss vom 04. Mai 2009 ab. Die Kammer ist der Ansicht, ich bedürfe einer langjährigen Sozialtherapie (in einer entsprechenden Abteilung einer JVA) um dort die "bestehende Persönlichkeitsproblematik" aufzuarbeiten, insbesondere aber einen "sozialkompetenten Umgang mit Konfliktsituationen" zu erlernen. Es bestehe eine *"ausgeprägte narzisstische Persönlichkeitsstörung"*, von deren *"Hintergrund die Straftaten gesehen werden"* müssen.

Besonders nachteilig wirke, so das Gericht, dass ich nicht regelmäßig an gemeinschaftlichen Veranstaltungen innerhalb der JVA teilnehmen würde; dies lasse nur den Rückschluss zu, dass ich "*nach wie vor nicht konfliktfähig im Sinne einer sozialkompetenten Auseinandersetzung mit anderen"* sei.

Eine gegen den Beschluss eingelegte Beschwerde wurde durch das Oberlandesgericht (1. Strafsenat) Karlsruhe verworfen, so daß die Entscheidung nun rechtskräftig ist. Bis 2013 kann (und werde ich wohl auch) alle 6 Monate meine Freilassung beantragen und nach Beginn der Sicherungsverwahrung kann dann alle zwei Jahre ein solches Gesuch gestellt werden.

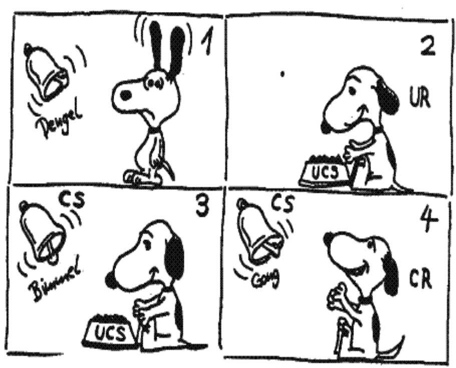
Was heißt nun "sozialkompetenter Umgang mit Konfliktsituationen"?

Habe ich jemals z.B. einen Wärter der mich provozierte physisch angegriffen? Nein.

Oder einen Mitgefangenen? Ebenfalls nein. Ich nehme mir jedoch die Freiheit über Missstände im Strafvollzug zu berichten, sie öffentlich zu machen, anstatt sie "sozialadäquat" unter den Teppich zu kehren.

Über die Sinnhaftigkeit und Wirksamkeit von Sozialtherapien kann gestritten werden (erst kürzlich wurde ein wegen Sexualverbrechen vorbestrafter ehem. Sicherungsverwahrter, den die sozialtherapeutische Abteilung in Asperg/bei Stuttgart "behandelt" hatte und den ein Gericht 2007 dann frei ließ, erneut in Bruchsal eingeliefert, nachdem er nämlich 2008 prompt wieder eine Frau vergewaltigte). Ich für mich lehne sie ab; denn eine solche Zwangstherapie die darauf setzt, daß der Proband am Ende in die Schablonen der TherapeutInnen, GutachterInnen und RichterInnen passt ist mit meinen Menschenbild nicht zu vereinbaren.

Diese Haltung brachte mir schon den von mir als zynisch erlebten Vorwurf ein: "Du willst doch gar nicht mehr raus". Es geht mit Sicherheit darum wieder frei zu kommen, aber nicht um den Preis sich jahrelang (denn es geht um eine Jahre dauernde Therapie) zu verbiegen, von staatlichen Psychologinnen und Psychologen im Hirn herumdoktern zu lassen, bis man -wie ein pawlowscher Hund- zu sabbern beginnt, wenn die TherapeutInnen mit dem Glöckchen klingeln. Das mag eine sehr subjektive Sicht der Dinge sein, jedoch bekam ich von therapeutisch tätigen Personen in meinem Umfeld durchaus zu hören, dass unter qualitativen Gesichtspunkten bspw. die Sozialtherapie auf dem Asperg ziemlich sinnlos sei.



Pawlowscher Snoopy

Aber auch eine qualitativ hochwertige Therapie kann nicht dem Betroffenen aufgezwungen werden; es mutet zudem perfide an, den politischen Aspekt der Handlungen, die mit Knast und SV geahndet wurden, vollkommen zu negieren und alles einer *"narzisstischen Persönlichkeitsstörung"* zuzuschreiben. Es ist eine banale Erkenntnis, dass die menschliche Psyche es ist, die uns motiviert dieses oder jenes zu tun oder zu lassen.

Die hier beobachtbare Pathologisierung menschlichen Tuns entspricht zweifelsohne dem Menschenbild des Gutachters und der RichterInnen, aber sie ist kein Grund auf ihre Forderungen einzugehen und sich damit ihrem Diktat zu unterwerfen. Und so werde ich vorerst weiter aus dem Knast berichten, anstatt mich in Freiheit an der Auseinandersetzung beteiligen zu können.

Thomas Meyer-Falk,
c/o JVA-Z 3113,
Schönbornstr. 32,
D-76646 Bruchsal

http://www.freedom-for-thomas.de
http://www.freedomforthomas.wordpress.com

Nachrichten aus dem Strafvollzug...

August 2009:

Im folgenden berichte ich zum einen über das Therapiekonzept des Justizvollzugskrankenhauses Hohenasperg (Baden-Württemberg) für Drogenabhängige (1.), im weiteren über den im Juni 2009 im Düsseldorfer Landtag vorgestellten Jahresbericht des Ombudsmanns für den Justizvollzug in NRW (2.) und schließe mit einem Beispiel aus dem kafkaesken Vollzugsalltag unter dem Stichwort Styropor-Kuchenring-Affäre (3.).

1.) Therapiekonzept

Drogenabhängige Gefangene in Baden-Württemberg können auf dem Hohenasperg (bei Stuttgart gelegen) eine entsprechende Therapie erhalten. Sie leben in Mehrmannzellen und haben sich dem Therapiekonzept der Anstalt zu unterwerfen. Der Therapieverlauf wird von einem so genannten "Phasenmodell" bestimmt, d.h. nach der Beobachtungsphase von etwa einem Monat folgt die Zugangsphase (Dauer 3 Monate) und hieran anschließend die Beobachtungsphase (Dauer 8 Monate), wobei nach letzterer Phase eine Entlassvorbereitung einsetzen sollte.

Grundlage für die tägliche Arbeit mit den Gefangenen ist eine "Interventionssystem" genannte Methodik. In dem Papier der Anstalt (Station: PS IV, Stand: 02.07.2009) heißt es wörtlich: "Das Interventionssystem beruht auf dem Verständnis des selbstbestimmten und ressourcenorientierten Handelns und Verhaltens des Patienten. Sie sollen durch die regelmäßige Rückmeldung ihres Verhaltens (in Form von Punkten) zu positiven Verhaltensänderungen ermutigt werden."

Was hat es mit den "Punkten" auf sich? Insgesamt gibt es fünf "Kriterienlisten": Therapie-Checkliste, HOSS (=Hygiene, Ordnung, Sauberkeit, Sicherheit), Sport-Liste, Kommunikations-Liste und Lockerungs-Liste. Wer nun von einer Phase (siehe oben) in die nächste Phase aufrücken oder später Vollzugslockerungen erhalten möchte, der benötigt eine bestimmte Mindestpunkte-Zahl. Hinsichtlich der HOSS-Liste kontrollieren die Wärter an 7 (!) Tagen der Woche Bett, Schrank, Nachttisch, Kühlfach, Sauberkeit, etc. und machen – Zitat - "Häkchen" in einer Liste, wenn sie meinen, alles sei in Ordnung. 49 "Häkchen" können pro Woche ergattert werden. Zwischen 45 und 49 "Häkchen" gibt es am Ende der Woche einen Punkt, zwischen 40 und 45 gibt es keinen, bei unter 40 Häkchen erfolgt ein Punkteabzug und Nacharbeit.

Für fast jede Lebensäußerung innerhalb der Therapie gibt es Punkte, Häkchen oder entsprechenden Punkteabzug. Für "korrekte Sportkleidung" ebenso wie für "Wortwahl", "aktives Zuhören" und "respektvollen Umgang".

Wer in der Behandlungsphase die Grenze von 110 Punkten unterschreitet, erhält keine Vollzugslockerungen, da in diesem Fall nicht mehr "mit gebotener Sicherheit das Vorliegen einer Flucht- und Missbrauchsgefahr

ausgeschlossen werden könne". Wer also sein Bett nicht oft genug ordentlich macht oder zum Sport nicht in "angemessener" Kleidung erscheint, dem werden in letzter Konsequenz Vollzugslockerungen verwehrt. Eine juristisch zumindest kreativ zu nennende Auffassung und Praxis -- aber wo kein Kläger, da kein Richter. Ob es zudem psychologisch Sinn macht, die Gefangenen regelrecht dazu abzurichten, sich "Häkchen" und "Punkte" durch Anpassungsverhalten zu erdienen, scheint zumindest fraglich.

2.) Jahresbericht des Ombudsmanns NRW

Seit 2007, in Folge eines Mordes an einem Gefangenen in der JVA Siegburg, gibt es in Nordrhein-Westfalen einen Ombudsmann für den Justizvollzug. Seit 2007 wird dieses Amt von dem ehemaligen Direktor am Amtsgericht Rolf Söhnchen bekleidet. In seinem 74-seitigen Bericht für den Zeitraum März 2008 bis März 2009 widmet Söhnchen sich ausgiebig den Problemen des Vollzugspersonals, angefangen bei hohen Krankenständen, geringer Wertschätzung ihrer Arbeit oder deren Klagen über die lange Dauer von Versetzungsgesuchen, und dann auch den Problemen und Themen, welche Inhaftierte oder deren Angehörige beschäftigen.
In einer Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags in Düsseldorf vom 17. Juni 2009 (Ausschussprotokoll 14/908, Seite 4ff) gab Söhnchen seine Einschätzung über Gefangene wie folgt zu Protokoll:

"Gegen ihn selbst laufe ein Prozess, weil er einen Gefangenen genötigt haben solle. Er wisse, wovon er rede. Deshalb wolle er dem ein oder anderen in Erinnerung rufen (...), dass die Gefangenen es mit ihrer Wahrheitsliebe nicht sehr genau nähmen".

Diese pauschalisierende Diffamierung der Gefangenen ist bezeichnend und sagt viel über die Einstellung des Ombudsmanns aus.

Während des Berichtzeitraums habe er mit 529 Bediensteten und 383 Gefangenen gesprochen (Jahresbericht, a.a.O., Seite 9). 57 Bedienstete hätten ihn zudem angeschrieben und von Gefangenen seien 873 Eingaben, sowie von Angehörigen 36 Eingaben zu verzeichnen gewesen. Die größte Zahl an Eingaben, so ist dem Bericht (a.a.O., Seite 10) zu entnehmen, kam aus der JVA Duisburg-Hamborn (151), danach folgte Geldern (69), Gelsenkirchen (55), sowie Bochum und Kleve mit je 49 Eingaben. Auf den Seiten 20-22 schlüsselt Söhnchen die Anliegen im Einzelnen auf. Die größte Zahl an Eingaben (69) erfolgte zur Problematik der Verlegung in den Offenen Vollzug, auf Platz 2 folgten Probleme mit Bediensteten (48) und ein Zuwenig an Vollzugslockerungen (42 Eingaben).

In Teil V und VI seines Berichtes geht der Ombudsmann auf insgesamt 43 Problembereiche zumindest etwas näher ein. Ob nun das Problem der Genehmigung einer Playstation II (wird weiterhin vom Justizministerium aus Sicherheitsgründen abgelehnt, was aber selbst dem Ombudsmann sachlich nicht wirklich nachvollziehbar erscheinen mag), der Frage der Eingangsbestätigung von Gefangenenanträgen und der für sie eingehenden Post oder Auswirkungen der vor einiger Zeit eingeführten zusätzlichen Prüfungsstufe vor der Gewährung von Vollzugslockerungen.

Mittlerweile soll es wohl eine Weisung des Justizministeriums geben, wonach die Jahresberichte in den Anstaltsbibliotheken zur Entleihe für die Gefangenen bereit zu halten seien. Von 27 Anstaltsleitern hatten immerhin 10 "Bedenken" gegen eine Auslegung des Berichts, denn schließlich gingen die Gefangenen die in den Berichten geschilderten Probleme der Bediensteten nichts an (a.a.O., S. 49). Wer sich mit der Materie Strafvollzug beschäftigen möchte, erhält durch den Bericht zumindest einen ersten Einblick, wenn dieser jedoch auch mitunter etwas einseitig gerät, was aber nicht überrascht, wenn man bedenkt, dass dessen Autor ehemaliger Direktor eines Amtsgerichts und mithin von Hause aus sehr justiznah ist.

3.) Styropor-Tortenring-Affäre

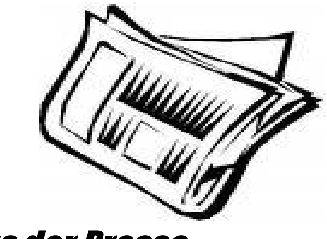
Wer kennt sie nicht, die Styropor-Tortenringe von Tiefkühltorten? Seit Urzeiten können sich Gefangene in Bruchsal zweimal im Monat von ihrem Verdienst Lebensmittel kaufen, und eben auch Tiefkühltorten. Gefangener Gerd T. behielt einen solchen Styropor-Tortenring in seiner Zelle, da er diesen gut gebrauchen konnte, um sich aus Fertigtortenboden selbst einen Kuchen zu machen. Eines Tages gefiel es dem Wärter, den Tortenring an sich zu nehmen und als "Müll" zu entsorgen -- und ohne Gerd T. zuvor zu befragen. Dieser wandte sich an das Gericht und dieses gab ihm vollumfänglich recht (LG Karlsruhe, 151 StVK 27/09, 08.07.2009). Die Entnahme und Entsorgung war, so die Kammer "rechtswidrig".

Wie sah nun die Reaktion der Anstaltsleitung aus? Sie entschuldigte sich bei dem Gefangenen T.?? Aber nein! Ähnlich einem trotzigen Kind, das aufstampft, wenn Vater mit ihm schimpft, nutzte die Anstalt, bzw. das zuständige Personal seine Macht und verbot kurzerhand den Kauf der besagten Tiefkühltorten für die Zukunft und setzt so ihre Vorstellung auf diesem Wege durch.

Thomas Meyer-Falk,
z. Zt. JVA -- Z. 3113,
Schönbornstr. 32,
D-76646 Bruchsal

http://www.freedom-for-thomas.de
http://freedomforthomas.wordpress.com





Aus der Presse...

Politischer Prozess

Im Düsseldorfer DHKP-C-Verfahren werden Zeugen eingeschüchtert. Polizeiopfer aus Beugehaft entlassen

Von Carsten Ondreka

Im 129-a-Verfahren vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht gegen Faruk Ereren wurde am Dienstag ein Zeuge nach monatelanger Beugehaft entlassen. Nuri Eryüksel hatte jede Aussage verweigert. Dem Angeklagten Faruk Erkeren wird die Mitgliedschaft in der in Deutschland verbotenen türkischen DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front) vorgeworfen. Er soll als führendes Mitglied der Organisation für verschiedene Anschläge in der Türkei in der Zeit von 1993 und 2005 verantwortlich sein. Wie schon bei einem ähnlich gelagerten Verfahren in Stuttgart-Stammheim beruhen auch in Düsseldorf große Teile der Anklage auf Zeugenaussagen aus der Türkei. Zudem sind die Geständnisse größtenteils unter Folter und Mordandrohungen zustande gekommen.

Das zeigte sich auch am Montag. Eine vom Gericht verlesene Aussage des türkischen Gefangenen Gökhan Gündüs von Ende April, in der er Scheinhinrichtungen schildert, machte deutlich, dass alle von ihm zuvor gemachten Aussagen auf Folter und Morddrohungen basierten. Damit ist - wie das Gericht bestätigte - der Vorwurf gegen Ereren, in der Türkei einen Mord begangen zu haben, hinfällig.
Mittlerweile zum sechsten Mal wurde außerdem der durch Polizeigewalt in türkischen Gefängnissen erblindete Nuri Eryüksel vorgeladen. Beim letzten Prozesstermin hatte dieser auf einem Zeugnisverweigerungsrecht bestanden. Seitdem saß er in Beugehaft. Sein Beistand, der Rechtsanwalt Wolfgang Wegmüller, legte daraufhin am 3.Juli Beschwerde beim Bundesgerichtshof gegen die aus einer Sicht überzogene Strafe ein. Bis Montag hatte sich der BGH noch nicht dazu geäußert, sagte Wegmüller zu jW.

Etwa 40 Prozeßbeobachter zogen nach der Verhandlung zum nordrhein-westfälischen Justizministerium und protestierten gegen die Beugehaft. Das Verfahren wird am 19.August fortgesetzt.

http://www.jungewelt.de/2009/08-05/049.php

Revolte im Ingelheimer Abschiebeknast

Laut einer telefonischen Auskunft wurde den BesetzerInnen Verhandlungen angeboten. 2 Flüchtlinge durften/sollten mit den Bullen verhandeln. Als diese die Tür öffneten hat das SEK die Räume gestürmt. 5 Flüchtlinge wurden

dabei verletzt. Hier ein Kommentar von Indymedia

Neu: Lage um 17:30 Uhr beendet Polizeikräfte, später spezielle Verhandlungskräfte der Polizei (seit 15:50 Uhr), hatten die ganze Zeit über mit den Insassen Kontakt und konnten sie schließlich dazu bewegen, die Barrikaden abzubauen, um einige Personen für weiteren Verhandlungen nach draußen zu lassen.

Diesen Augenblick nutzten Einsatzkräfte des SEK, um in den Trakt einzudringen und alle Insassen unter Kontrolle zu bringen. Dabei wurden nach ersten Feststellungen drei Insassen leicht verletzt, zwei weitere werden noch im Krankenhaus untersucht. Gegen die Insassen wird nun wegen Gefangenenmeuterei ermittelt. Heute abend um 20 Uhr wird es in Mainz, Schillerplatz ,vor dem Innenministerium Rheinland-Pfalz, eine Solidaritätsdemonstration geben.



Aufstand im Abschiebeknast Ingelheim 13.07.2009

Im Abschiebeknast Ingelheim wird zur Stunde (13.Juli 2009) ein Zellenblock besetzt. Auslöser war wohl eine für 12 Uhr angesetzte Abschiebung, gegen die sich spontan Häftlinge solidarisiert haben. Seit etwa 12 Uhr des heutigen Tages (13. Juli) wird ein Zellenblock im Abschiebegefägnis Ingelheim besetzt gehalten. Nachdem anfangs nur spärlich Informationen durchsickerten, lässt sich aus relativ sicheren Quellen (Polizei/Amnesty International / Lokalpresse) derzeit folgendes Bild der Lage zeichnen:

22 in Ingelheim inhaftierte Menschen wehren sich derzeit gegen eine für heute angesetzte Abschiebung. Um den Anliegen Nachdruck zu verleihen wurde mindestens ein Block/Trakt des Gefängnisses besetzt. Nach Informationen aus dem Inneren der Institution ist der Protest bisher friedlich verlaufen, es gibt keine Verletzten. Angeblich verhandelt die Polizei derzeit mit den Besetzern.

Von Aktivisten vor Ort ist zu hören dass die Polizei massiv Präsenz zeigt, "20 bis 30 Wannen" sollen es wohl mindestens sein, auch Feuerwehr und Rettungsdienste sind im Einsatz. Zumindest von außen betrachtet erscheine die Information, dass es keine Verletzen gäbe, relativ zweifelhaft, wird berichtet.

Da bisher Infos nur an PressevertreterInnen mit Ausweis herausgegeben werden, sollte effektive Öffentlichkeitsarbeit jetzt im Vordergrund stehen. Die Lokalen Medien zeigen sich auf Nachfrage gewohnt desinteressiert, größere Zeitungen winken ab. Menschen mit Presseausweis etc... sind daher aufgerufen, sich nach Ingelheim zu begeben und "nachzubohren", jede/R der/die sonst was unternehmen möchte sollte die Augen offen halten. es gehen Gerüchte von einer Spontandemo am späten Nachmittag um.

[*Presse Hierzu:*]

Marokkaner verschanzt sich in Abschiebehaft

Ingelheim Ein Marokkaner hat sich in der Abschiebehaft in Ingelheim bei Mainz verschanzt. Nach Angaben der Polizei verweigerte der 25-Jährige den «Transport», als er am Montag zur Abschiebung abgeholt werden sollte.

Daraufhin hätten sich 21 andere Insassen mit dem Mann solidarisiert und sich gemeinsam mit ihm in einem Trakt verbarrikadiert. Die Polizei versuchte durch die versperrte Tür mit den Insassen zu reden - zunächst ohne Erfolg. Die Tür einzuschlagen sei vorerst als « unverhältnismäßig» eingestuft worden, sagte eine Polizeisprecherin.

dpa-infocom

Insassen verbarrikadieren sich in Ingelheimer Abschiebeknast

13.07.2009 17:49 Uhr

INGELHEIM
Von Markus Lachmann

Rebellion im Abschiebeknast: In einer Ingelheimer Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige (GfA) hatten sich heute 22 Insassen im Zellentrakt verbarrikadiert. Am Vormittag sollte ein 25-Jähriger Marokkaner abgeholt und abgeschoben werden. Dieser verweigerte den Transport. 21 Mithäftlinge solidarisierten sich mit dem Marokkaner.
Die Polizei hat die Situation mittlerweile unter Kontrolle, das SEK hat die Rebellion beendet

Wie es den Personen gelang, sich einzuschließen, wollte die Polizei bisher nicht sagen. Spezialisten der Polizei hatten mit den 22 Häftlingen verhandelt, wie sie am Nachmittag erklärten. Vor dem Abschiebegefängnis waren mehrere Polizeiwagen, Krankenwagen und Feuerwehr aufgefahren. GfA-Leiter Stefan Mollner wollte sich gegenüber unserer Zeitung nicht äußern. Bereitschaftspolizei, Beamte der Polizeiinspektion Mainz, Sondereinsatzkommando, Feuerwehr, Krankenwagen und Notärzte standen über Stunden bereit. Laut Polizeisprecher Rolf Gäbler habe die Leitung der Gewahrsameinrichtung des Landes sofort die Polizei alarmiert, denn: "Die GfA-Beamten waren nicht in der Lage, die Türen zu öffnen." Polizeikräfte, später spezielle Verhandlungskräfte der Polizei, hatten die ganze Zeit über mit den Insassen Kontakt und konnten sie schließlich dazu bewegen, die Barrikaden abzubauen, um einige Personen für weitere Verhandlungen nach draußen zu lassen. Diesen Augenblick nutzten Einsatzkräfte des SEK, um in den Trakt einzudringen und alle Insassen unter Kontrolle zu bringen. Dabei wurden nach ersten Feststellungen drei Insassen leicht verletzt. Zwei weitere werden noch im Krankenhaus untersucht. Gegen die Insassen wird nun wegen Gefangenenmeuterei ermittelt.

Erst vor wenigen Wochen hatte ein breites Bündnis politischer und gesellschaftlicher Gruppen in Ingelheim gegen die GfA demonstriert. Seit dem Umbau der früheren Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in ein Abschiebegefängnis ruft das Bündnis regelmäßig zu Solidaritätskundgebungen auf. "Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige" ist das zentrale Abschiebegefängnis für ganz Rheinland-Pfalz und das Saarland.

Pressemitteilung:

Brunnenstraße 183 - Repression und Solidarität

Dies ist eine Pressemitteilung der militanten Bewohner_innen der Brunnenstraße 183, nicht jedoch aller Bewohner_innen und Unterstützer_innen der Brunnenstraße 183.

Da die Brunnenstraße 183 akut räumungsbedroht ist, mussten wir uns zwangsläufig mit der Frage der Repression auseinandersetzen. Wollen wir bei einem polizeilichen Räumungsversuch der Brunnenstraße 183 unser Haus militant verteidigen oder aus Angst vor Repression fein das tun was uns die Polizei sagt? Uns wurde schnell klar, dass unsere Entscheidung wenig mit Selbstbestimmung zu tun hat sondern von verschiedenen Faktoren abhängig ist. Wichtigster Faktor der unsere Entscheidung beeinflußt, ist die Unterstützung von Draußen. Solidarität ist ein Wort was häufig in diesem Zusammenhang genannt wird. Solidarität bedeutet hilfsbereit zu sein. Doch Hilfsbereitschaft ist noch lange keine Hilfe. Hilfe ist von einer tatsächlichen positiven Wirkung gekennzeichnet.
Doch Hilfe wofür? Bis auf kostenlosen Wohnraum, dreckige Parties und billig Bier wird in der Brunnenstraße 183 kaum etwas angeboten. Die fragwürdige Politik vieler Bewohner_innen und Unterstützer_innen der Brunnenstraße 183 kann als niedrigschwellig bezeichnet werden. Wir, die militanten Bewohner_innen der Brunnenstraße 183, sehen das aber nicht als einen Grund an, die Hilfe zu verweigern. Wir finden gut, wenn Menschen Flaschen oder Steine auf Polizist_innen werfen, auch wenn sie betrunken sind oder nur mal Lust auf "Action" haben. Wir finden ebenso gut, wenn Menschen Autos anzünden, auch wenn sie das "warum" nicht formulieren können. Diese niedrigschwelligen Bewegungen sind Ausdruck vom Wunsch wenigstens einmal das Übergeordnete vom Pferd holen zu können und etwas Besonderes zu sein. Wir finden es ehrlich, wenn das Polizeiauto aus Frust über die Ausbeutung der eigenen Arbeitskraft entglast wird. Abgesehen von ihrer Schuld oder Unschuld wollen wir Alexandra R., Christian P., Niels V., Laurynas M. und Christian S. helfen, uns auf

sie beziehen und Aktionen für sie starten. Wir halten es für wichtig allen Gefangenen eine Stimme zu verleihen.

Aber nicht nur niedrigschwellige linke Politik wollen wir unterstützen. Wir haben uns mit der durch die Militante Gruppe initiierte Militanzdebatte beschäftigt. Die Militante Gruppe fanden wir sehr gut und die drei Angeklagten im MG-Prozess (Oliver, Axel und Florian) können mit unserer Unterstützung rechnen. Auch Hakenkrallen gegen Atommülltransporte befürworten wir. Wir fordern alle Aktivist_innen auf, Beschuldigte und Menschen, die zu Aussagen gezwungen werden sollen, zu unterstützen!
Andrej Holm hat unsere Verdrängung beschrieben. Ihn und seine Familie wollen wir unterstützen. Auch darum muss die Brunnenstraße 183 verteidigt werden. Es kann nicht sein, dass die Polizei einfach in unsere Häuser kommen kann, unsere Kinder erschreckt und in den Sachen rumschnüffelt die uns wichtig sind.
Angesichts der Scheinverhandlungen gegen vermeintliche Mitglieder und Mitglieder der DHKP-C und der Folter der sie ausgesetzt sind, fällt es uns nicht schwer gegen diesen Staat zu agieren. Die Aktionen gegen den Staat sollten verhältnismäßig sein, ein Staat der eine Mitverantwortung an im Mittelmeer ertrinkende Flüchtlingen trägt. Ein Staat der zulässt, dass Menschen wie Dennis J. und Sebastian H. von Polizist_innen erschossen werden. Ein Staat der mit anderen Staaten, die die Todesstrafe befürworten und foltern, Handel treibt.
Es ist wichtig, dass die Brunnenstraße 183 radikaler Politik Raum bietet. Hier könnt ihr auf uns zukommen und eure Projekte mit unserem ergänzen. So entsteht eine Bewegung! Wir brauchen und wollen keine leeren Worte. Wir wollen mit euch der Funke am Pulverfass sein. Wenn wir auf die Polizei hören und die Brunnenstraße 183 verlassen, ist das nicht nur unser Armutszeugnis. Es bescheinigt der ganzen emanzipatorischen Bewegung, den "Hausis" in Berlin und der Berliner Linken, dass sie nicht an Freiräumen interessiert sind und sich ihr Haus aus den Händen nehmen lässt.

Liebevolle Grüße an die Liebig 14, die Rigaer 94, die Linie 206, den Wagenplatz Schwarzer Kanal und allen anderen bedrohten Wohnprojekten.

Wir vergessen euch nicht!
Wir wollen bleiben...

Brunnenstraße 183 / Militante Bewohner_innen

Für die sofortige Freilassung von Felix Otto

Göttingen, den 21.08.2009

Der kamerunische Asylbewerber und „The Voice"-Aktivist Felix Otto sitzt seit gestern in Abschiebehaft - an Händen und Füßen gefesselt, in einer videoüberwachten Einzelzelle.

Grund dafür ist sein fortgesetztes politisches Engagement, im Rahmen dessen er den ihm von den Behörden vorgegebenen Landkreis verlassen und damit gegen die so genannte Residenzpflicht, eine besonders menschenverachtende Form staatlicher Repression, verstoßen hatte. Schon zuvor war der Kameruner in Thüringen für acht Monate in Haft gekommen und musste insgesamt 900 Arbeitsstunden ableisten, weil er für seine politische Arbeit vom Recht auf Bewegungsfreiheit Gebrauch gemacht hatte - einem Grundrecht, das der deutsche Staat AsylbewerberInnen systematisch verweigert.



Nach seiner jetzigen Festnahme steht der Flüchtlingsaktivist unter ständiger Kontrolle, und die Möglichkeit, Telefonate zu führen, wird eingeschränkt. Außerdem wurden ihm seine Kleider abgenommen. Offiziell begründet wird diese staatliche Maßnahme mit Felix Ottos angeblicher Suizidgefährdung. Diese Diagnose kommt aus heiterem Himmel und hat offensichtlich etwas zu tun mit dem überraschenden Besuch eines Psychologen, der Felix vor Tagen darauf hingewiesen hatte, nunmehr häufiger zu ihm kommen zu wollen. Alleiniges Ziel dieser plötzlichen psychologischen „Fürsorge" war, eine offizielle staatliche Rechtfertigung dafür zu gewinnen, Felix des letzten Restes an sowieso unerträglich eingeschränkter Freiheit zu berauben, um seine für den 25.08.2009 angesetzte Charterflug-Abschiebung nach Kamerun ohne Hindernisse durchführen und jede Form von Protest und Widerstand verhindern zu können. Dabei handelt es sich bei der geplanten Abschiebung, die nun mit hanebüchenen psychologischen „Gutachten" legitimiert werden soll, um die mit Abstand härteste Strafe, die jemals wegen eines solchen Verstoßes, also des Verlassens eines behördlich zugeteilten Landkreises, verhängt wurde. Im Übrigen solchermaßen, dass die Anwältin Ottos nicht schriftlich zum Verfahren geladen worden war.

Felix Otto soll abgeschoben werden, obwohl er als politischer Flüchtling und Asylbewerber in Deutschland und als Aktivist von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisation in Gefahr ist, in Kamerun als politischer Oppositioneller eingestuft zu werden und damit Verfolgungen ausgesetzt zu sein. Kamerun ist ein Staat, in dem Korruption und Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind und politische GegnerInnen gewaltsam mundtot gemacht werden, indem sie willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen ohne rechtliche Grundlage ausgesetzt werden. Das Recht auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit wird massiv bedroht. MenschenrechtsverteidigerInnen und JournalistInnen werden eingeschüchtert und schikaniert, Frauen und Männer werden auf Grund ihrer sexuellen Orientierung inhaftiert. Die Skrupellosigkeit im Umgang mit politischen GegnerInnen zeigen besonders die Vorfälle im Februar 2008, als Sicherheitskräfte mindestens 100 Menschen töteten, um Proteste gegen Preiserhöhungen sowie gegen eine Verfassungsänderung niederzuschlagen. Einige der Opfer wurden offenbar aus nächster Nähe durch Kopfschüsse ermordet. In Douala sollen Menschen unter Beschuss dazu gezwungen worden sein, in den Wouri-Fluss zu springen, wo sie ertranken. Vielen Verletzten mit Schusswunden wurde eine ärztliche Behandlung verweigert, was in einigen Fällen zum Tod der Verletzten führte. Einige Monate später wurden nach einem Gefängnisausbruch 15 Männer von Gefängniswachen und anderen Sicherheitskräften erschossen. Die Meinungsfreiheit wird in Kamerun massiv eingeschränkt. Menschen, die sich regierungskritisch äußern, laufen Gefahr, willkürlich festgenommen und aus politischen Gründen wegen Diffamierung angeklagt zu werden. Um Oppositionsmitglieder an der Abhaltung von Versammlungen zu hindern, greifen die Sicherheitskräfte zu Gewalt, willkürlichen Festnahmen und rechtswidrigen Inhaftierungen. Die Zustände in den Gefängnissen sind katastrophal. Sie sind gewöhnlich stark überbelegt und in schlechtem hygienischen Zustand. Mit einer Abschiebung nach Kamerun bringen die deutschen Behörden und Gerichte das Leben und die Sicherheit des politischen Aktivisten Felix Otto in Gefahr und machen sich schlicht der Kollaboration schuldig.

Weg mit allen rassistischen Sondergesetzen!
Die staatlich-repressive Residenzpflicht abschaffen!
Für die sofortige Freilassung von Felix Otto!Für das Ende der Abschiebeandrohung gegen den Flüchtlingsaktivisten!

Mathias Krause für den Bundesvorstand

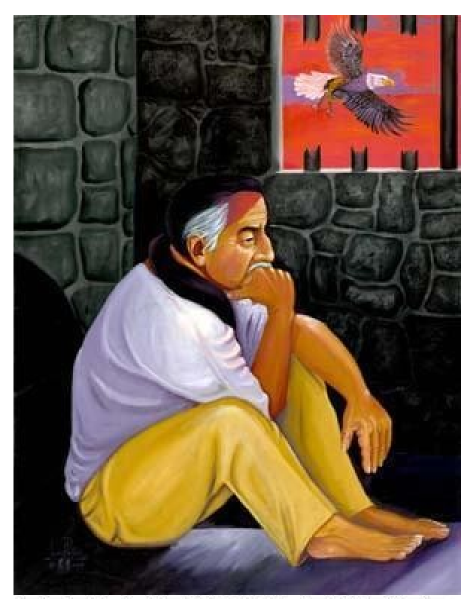
Begnadigung von Leonard Peltier abgelehnt...

Keine Gerechtigkeit und keine Gnade

Ohnmächtige Wut, Zorn, Trauer, Tränen - all diese Reaktionen haben wir in den letzten Stunden als Reaktion auf die Ablehnung der Begnadigung des indianischen politischen Gefangenen Leonard Peltier gesehen.

Für viele unfassbar, war doch die Hoffnung auch bei Peltiers Familie, Freunden und Unterstützern in den USA aber auch weltweit recht groß, dass Peltier nach 33 Jahren unschuldigem Knastaufenthalt nun endlich zu seinem 65. Geburtstag frei kommt. Für viele von uns dennoch erwartbar, denn wer das amerikanische „Justizsystem" kennt, wer über all die menschenverachtenden Schweinereien Bescheid weiß (Todesstrafe, Guantanamo, Abu Ghraib, Folter, die Macht der Geheimdienste, den profit- und racheorientierten industriellen Gefängniskomplex, das jahrzehntelange Wegschließen politischer Gefangener, die

Todesschusspraxis der Polizei ?), der ahnte schon, dass sich auch nach dem Weggang Georg W. Bushs an diesem perfiden Terrorsystem nichts ändern würde. Leonard Peltier ist einer von vielen politischen Gefangenen in den USA, denen sowohl Gerechtigkeit als auch Gnade vorenthalten bleiben. Zynisch der Hinweis, dass die nächste Begnadigungsanhörung 2024 stattfinden könnte, dann wäre Leonard Peltier 79 Jahre alt. Keine Gerechtigkeit, keine Atempause, kein Friede und kein ruhiges Hinterland



Wie kann es weitergehen?

Eines sei gleich vorweg gesagt, der Kampf um Leonards Freiheit muss und wird weitergehen ? ab sofort und mit langem Atem. Es wird gerade jetzt wichtig sein, die Bandbreite der Aktionen zu verbreitern und Bündnisse mit anderen sozialen Bewegungen zu schließen bzw. zu verstärken. Die Forderung nach Freiheit für Leonard Peltier ist verknüpfbar mit den Kämpfen für die Freiheit Mumia Abu ? Jamals und anderer politischer Gefangener aus den sozialen Bewegungen, der Unterstützung des zapatistischen indigenen Widerstands in Mexiko, mit den indigenen Protesten gegen die Regenwaldzerstörung in Peru und anderen lateinamerikanischen Staaten, mit dem weltweiten Kampf für Menschenrechte und gegen Todesstrafe und unmenschliche Haftbedingungen, mit der weltweiten Unterstützung für das Selbstbestimmungsrecht indigener Völker, mit dem ökologischen Widerstand in den USA und anderswo und und und. Die Verweigerung der Begnadigung Leonard Peltiers ist auch ein Indikator dafür, dass die modernen Formen des schleichenden Genozids an den indigenen Völkern Amerikas noch immer Tatsache ist. Ein freier Peltier hätte, so die Befürchtung vieler Herrschenden in den USA, gegebenenfalls einen Nelson Mandela Effekt zur Folge, von Alaska bis Feuerland. Unvorstellbar, wenn sich eine gestärkte indigene Solidarität über den gesamten Kontinent gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur, gegen Rassismus und Genozid und gegen Menschenrechtsverletzungen und für soziale Gerechtigkeit, erheben würde.

Doch nun mal ganz pragmatisch, was können die nächsten Schritte sein?

1.) Schreibt an den Obersten Generalstaatsanwalt der USA, Eric Holder, und bittet um eine erneute Beurteilung des gesamten Falles, um die Justizfehler der Vergangenheit endlich korrigieren zu können. Schreibt ihm, es sei niemals zu spät die Wahrheit herauszufinden und somit Gerechtigkeit und Gnade für Peltier zu erreichen.

Eric A. Holder, Attorney General
U.S. Department of Justice
950 Pennsylvania Avenue, NW
Washington, DC 20530-0001

Auch telefonisch könnt Ihr dies versuchen unter 001 202-353-1555.

Dabei könnt Ihr Mr. Holder fragen, weshalb nach wie vor über 140.000 Dokumentenseiten des FBI seit über 30 Jahren der Verteidigung und der Öffentlichkeit vorenthalten bleiben. Teilt ihm mit, dass nicht nur Amerika sondern die gesamte Welt ein Recht hat zu erfahren, was tatsächlich 1975 in der Pine Ridge Reservation geschah. Bittet um Freigabe der Dokumente im Falle Peltiers.

2.) Ruft die Telefon-Commentline des Weißen Hauses an und teilt Eure Empörung, Euer Unverständnis, Euren Protest gegen die Entscheidung der Begnadigungskommission mit: 001 202 456-1111 oder 001 202 456-1112.

Ebenso könnt Ihr Emails senden: Hier der Weg zum Kontaktformular:
http://www.whitehouse.gov/contact/

Und außerdem Briefe und Faxe an:

President Barack Obama
The White House
1600 Pennsylvania Avenue
Washington, DC 20500
Fax - (202) 456-2461

Bei allen Anrufen, bitte die Zeitdifferenz nicht vergessen (6 Std., wenn es hier 18 Uhr ist, ist es dort 12 Uhr mittags) Außerdem schreibt an an Leonard selbst. Er braucht gerade jetzt Zeichen der Unterstützung und Stärkung. Und sendet auch zum 12. September zu seinem 65 Geburtstag ein Meer von Briefen und Karten!

Leonard Peltier
#89637-132
USP-Lewisburg
US Penitentiary PO Box 1000
Lewisburg, PA 17837
United States of America

Weitere Aktionen sind in Planung, u.a. eine weltweite Emailaktion, um an einem bestimmten Stichtag die Leitungen des Weißen Hauses durchglühen zu lassen und auch eine Demo ist für 2009 angedacht. Unsere Homepage ist zwar streckenweise derzeit veraltet und wird zur Zeit komplett umgebaut. Aber sie wird nun ständig auf der Startseite aktualisiert. Auch Unterschriftenlisten könnt Ihr bei uns anfordern. Und jeder Kampf kostet Geld, für Spenden gibt es Spendenquittungen für das Finanzamt.

Wir fordern die sofortige Begnadigung Leonard Peltiers – sofort!

Tokáta - LPSG RheinMain e. V.
Verein zur Unterstützung indianischer Jugend-, Kultur- und Menschenrechtsprojekte &
Leonard Peltier Supportgroup RheinMain
c/o Dr. Michael Koch/Claudia Weigmann-Koch (Vorstand),
Kölner Str. 1,
D - 63110 Rodgau,

Email: lpsgrheinmain@aol.com
Homepage www.freepeltier-lpsgrheinmain.de

Kontonr.:
Sparkasse Langen-Seligenstadt
BLZ 506 521 24
Kontonr.: 2117133



Leserbriefe...

Brief von Cengiz v. 14.7.2009

Lieber..

ich habe Deinen Brief vom 25.6., sowie die Postkarte erhalten. Habe mich über beide sehr gefreut(...)

Die Abschiebung von Halil Korpan habe ich inzwischen mitgekriegt. Er war sich sicher, dass die juristische Prozedur noch 3 Monate dauert. Es kam daher für mich überraschend, dass er abgeschoben wurde. Es ist daher ganz offen, dass er betrogen wurde. Es ist eben kein Verlass auf die Ausländerbehörde und die Justiz.

Zu den Briefkontakten stimme ich Dir vollkommen zu. Entweder hab ich mich in vorigen Brief falsch ausgedrückt oder es ist missverstanden worden. Briefe sind für Gefangene nicht wegzudenken, auch eine Postkarte, einzig und allein mit einem Gruß ist die kleinste auch auch größte Freude für den Gefangenen. Es gibt sicherlich viele Gründe für Einzelne nicht zu schreiben. Ich würde das verstehen, jedoch kein Verständnis dafür zeigen. Sicher würde ich mich darum bemühen, zu helfen um die Angst oder die Unsicherheit beim Einzelnen zu überwinden.

Andererseits würde ich mir widersprechen. Auch die Tatsache, warum ich/wir inhaftiert sind. Mit der Inhaftierung geht es doch genau darum, nämlich die Solidarität und die Kollektivität zu durchbrechen. Da, wo die Solidarität herrscht, kann es keinen Egoismus

geben. So stark die Kollektivität wächst, so schwach wird auch die Konkurrenz. Genau das ist auch der Schutz und die Barrikade vor der Verelendung. In diesem Punkt treten die §129a/b in Kraft und es ist der Versuch, die Solidarität zu durchbrechen. Unsicherheit und Angst sollen sich verbreiten. Angst vor Knast und Angst vor Erfassung. Sobald mensch verknastet ist, geht es weiter mit der Isolation. Da, wo doch die Kollektivität ein Medikament für die Krankheitssymptome des Systems ist, so ist es auch ein unverzichtbares Medikament gegen die Isolation. Eine kollektive Handlung bedeutet in diesem Fall den Kontakt mittels Briefen herzustellen. Ich finde es gut von Dir, dass Du es noch einmal ansprichst, um Missverständnisse zu klären(...) .
Ich hatte Dir etwa vor ein bis eineinhalb Monaten einen Brief geschrieben, wo ich zu der Rolle Deutschlands in unserem Verfahren etwas schrieb. Ich habe diesbezüglich keine Reaktion von Dir erhalten. Über die Linke hatte ich auch was geschrieben. Hast du den Brief erhalten? Ich frage nach, weil einige Briefe "verloren" gehen.
(...)
Ich habe in der "Jungen Welt" und dem "Neuen Deutschland" die Artikel zu der Pressekonferenz der Prozessdelegation gelesen. Eine Aussage ... finde ich nicht richtig. Es geht nicht darum, ob man die "Aktionen" der Organisation in der Türkei befürwortet oder nicht. Es ist auch überflüssig, das zu sagen. Um sich mit den Angeklagten zu solidarisieren und den Prozess zu beobachten, ist es nicht erforderlich die "Aktionen" gut zu heißen. Wenn so etwas zum Ausdruck gebracht wird, so müssten vorher auch die Handlungen des faschistischen Regimes angesprochen werden. Es sind doch genau diese "Aktionen", womit das gesamte Vorgehen, sei es der §129b oder auch die Isolation, gerecht fertig werden. Uns sollte es darum gehen, die Isolation und den §129a/b zu thematisieren. Außerdem ist es nicht die Sache der deutsche Justiz, Aktionen bzw. Aktivitäten einer ausländischen Organisation in Deutschland zu verurteilen. Sobald mensch sich auf solch eine Diskussion einlässt, so ist es auch eine indirekte Zustimmung zum §129b, denn bei ihm geht es ja um die Verurteilung dieser "Aktionen". Natürlich schätze ich die Arbeit der Delegation, doch das politische Verfahren sollte nicht der humanitären Arbeit geopfert werden...
So weit erst einmal.

Liebe und herzliche Grüße

Cengiz Obam,
Krümmede 3,
44751 Bochum

Strasbourg Verfahren...

Prozessbericht vom 29.07.2009 – Jan

Vorausgegangen war dieser Berufungsverhandlung ein Schnellverfahren am 06.04.2009 in dem er mit einer 6-monatigen Haftstrafe sowie 3 jährigem Einreiseverbot für Frankreich verurteilt wurde.

Der Prozess fand in 2. Instanz am Cours d'appel de Colmar, am 29.07.2009 statt. Die Anklage lautete: tragen einer Waffe 6. Grades (Eisenstange), T-Shirt "anarchistes, black bloc"

Richter: verliest die Anklageschrift

Im Zuge des (Anti-) NATO-Gipfel am 02.04.09 in Strasbourg wird der Angeklagte beschuldigt sich mit einer Eisenstange, was einer Bewaffnung 6. Grades entspricht und einem schwarzen T-Shirt, in einer unerlaubten Gruppierung in einem Waldstück bewegt zu haben.
Neben dem Polizeiaufgebot waren ebenfalls Helikopter und Kameras im Einsatz. Diese haben Aufzeichnungen und Fotos der Situation am 02.04.09 18h an der Ecke Rue de la Couronne (?)/ Rue de la Chapelle gemacht. Dort fand eine nicht genehmigte Demonstration statt. 17 Leute wurden zu diesem Zeitpunkt (gegen 18h) zusammen mit dem Angeklagten festgenommen, der Angeklagte fand sich auf dem Boden liegend wieder.
Es gibt keine Kamera die eine Beteiligung des Angeklagten an einer gewaltvollen Handlung aufgezeichnet hat.

Richter2:
Vom zweiten Richter wurde der Angeklagte bezüglich seiner persönlichen Situation befragt. Vor allem relevant waren Aussagen zu seinem bisherigen Werdegang und seinen polizeilichen Registrierungen. Der Angeklagte sagte aus, keine Eintragungen im Strafregister zu haben. Der Richter sagte daraufhin, dass er dies bezweifle, der Angeklagte könne ja viel erzählen. Jan sagte zum Anklagepunkt der Bewaffnung, dass er die Eisenstange lediglich mitgenommen habe, um sein Zelt zu reparieren, da dieses kaputt gewesen sei. Da er sich in Strasbourg nicht ausgekannt habe, sei er Leuten hinterher gegangen, die vermutlich auch zurück in das Camp wollten. So sei in die Situation im Wald geraten, bei der er festgenommen wurde. Auf Nachfrage des Richters warum Jan bei der Polizei keine Aussagen gemacht hätte, antwortete Jan, dass dies in Deutschland so üblich wäre.

Staatsanwalt:

Betreffend dem Angeklagten T. gab der Staatsanwalt zu verstehen, dass dieser sich in einer illegalen Zusammenrottung mit anderen Menschen befunden hätte. Er betonte, dass in einer Demokratie das Demonstrieren legal wäre, da die Demonstrationsordung Regeln vorgibt, denen man zu gehorchen habe und dies daher keine illegale Sache sei.
Illegal ist es aber, an einer nicht genehmigten Zusammenrottung teilzunehmen und sich in dieser mit einer Eisenstange aufzuhalten, da die Eisenstange dazu benutzt werden könne Menschen zu bedrohen, zu verletzten oder sogar umzubringen!
Der Polizist, der zum Zeitpunkt der einzige Zeuge war, hatte ausgesagt, dass der Angeklagte zum Festnahme Zeitpunkt ein schwarzes T-Shirt dabei hatte auf dem Anarchie, Rebellion und Gewaltverherrlichung propagiert wurde. Die Zeugenaussage des Polizisten erachtete er als glaubwürdig, da dieser den französischen Staat repräsentiere und seine Arbeit mache. Niemand hätte zwar gesehen, wie der Angeklagte etwas kaputt gemacht habe, aber als Beweis für seine Handlung reiche die Eisenstange die er bei sich trug. "Unglücklicherweise", sei die Eisenstange NUR als Waffe der 6. Kategorie eingeordnet worden. Im Gegensatz zur Aussage des Polizisten stehe die Aussage des Angeklagten, der sich in einer Zusammenrottung mit mehreren Menschen befunden hätte, eine Eisenstange bei sich trug, sowie ein gewaltverherrlichendes T-Shirt.
Wer ein T-Shirt mit einer eindeutigen Positionierung zu einem politischen Lager trägt, der müsse zumindest mit diesem Lager sympathisieren!
Laut der vorliegenden Akte gäbe es keinen Zweifel an der Schuldigkeit des Angeklagten und die bereits erhobene Haftstrafe von 6 Monaten und das 3 jährige Einreiseverbot seien für ihn angebracht. Außerdem habe der Angeklagte sowieso schon ein bisschen mehr als die Hälfte abgesessen. Der Staatsanwalt hält an dieser Strafe fest.

Verteidigerin Mengus:

Geht detailliert auf die Situation in Strasbourg (Helikopter, massive Polizeipräsenz,...) über das gesamte Wochenende ein. Die ganze Stadt habe sich im Ausnahmezustand befunden. Der Angeklagte sei am 1. April nach Strasbourg gereist um sich auf dem Protestcamp niederzulassen. Er habe weder die örtlichen Gegebenheiten gekannt, noch die französische Sprache gesprochen, um sich in irgendeiner Form verständigen zu können. Parallel zum Gipfel in Strasbourg habe der G20 Gipfel stattgefunden, bei dem ein Mensch ums Leben gekommen sei. Die Situation sei danach nicht nur in London, sondern auch in Strasbourg angespannt gewesen. Permanentes Polizeiaufgebot und Helikoptereinsätze hätten dazu geführt, dass Menschen in Panik geraten seien. Viele hätten Angst vor den Tränengasgranaten der Polizei gehabt. Auf Grund der Zustände wäre die Situation eingetreten, in der sich der Angeklagte wieder gefunden habe. Die Gruppe die im Wald festgenommen wurde, hätte keinerlei Latten oder ähnliches dabei gehabt im Gegensatz zu organisierten Gruppen. Sie kritisierte die extreme Gewalt von Seiten der Polizei und sprach von einer repressiven und Exempel statuierenden Justiz. Vom Angeklagten wäre in keiner Form irgendeine physische Gewalt ausgegangen. Überall wären Kameras gewesen, dennoch gäbe es keinerlei Anhaltspunkte für eine Gewaltanwendung des Angeklagten. Natürlich könnten Eisenstangen töten, aber im Falle des Angeklagten sei man in diesem Punkt, einer völlig falschen Einschätzung unterlegen, da dieser die Eisenstange nur aufgesammelt habe, um sein Zelt befestigen zu können. 6 Monate Haftstrafe wären in diesem Fall völlig unangebracht Die Anwältin kritisierte die Haftzeit und den erlebten Krankenhausaufenthalt des Angeklagten als Rechtsverletzung. Der Angeklagte habe sich nach seiner Blinddarm OP in einem Krankenzimmer wieder gefunden, welches kein Fenster gehabt hatte und 24h beleuchtet gewesen sei. Ihm sei weder Buch, Stift noch Papier gereicht worden, so dass ihm nur die Möglichkeit geblieben wäre an die Decke zu starren. Der Angeklagte sei Freizusprechen, da ihn keinerlei Schuld träfe.

Verteidiger Lederle:

Er sagte, er wäre als junger Mensch auch auf Demos gegangen. Er ging wiederholend auf den Ausnahmezustand in Strasbourg, zum NATO-Gipfel ein und betonte die Friedfertigkeit

seines Mandanten. Er verlas eine Zeugenaussage die die Friedfertigkeit seines Mandanten belegen sollte und wies noch einmal darauf hin, dass die Nichtaussagen des Angeklagten beim Polizeiverhör der deutschen üblichen Praxis geschuldet sei, bei der nichts ohne Anwesenheit eines Anwaltes ausgesagt werden würde.

Urteil: FREISPRUCH

2. Prozessbericht

Heute, am 19.08. wurde vor dem Berufungsgericht in Colmar der Fall des dritten im Zusammenhang mit den Protesten gegen den NATO-Gipfel am 04.04. zu einer Haftstrafe verurteilten Deutschen verhandelt.

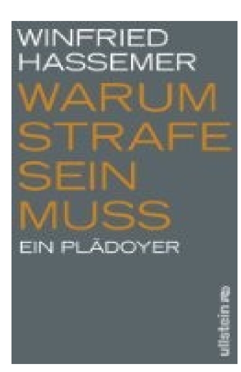
Während der erste Berufungsprozess am 29.07. mit einem Freispruch endete, wurde im zweiten Prozess am 05.08. eine Vertagung angeordnet, um weitere Ermittlungen zu ermöglichen und der Angeklagte bis zum erneuten Verhandlungstermin auf freien Fuß gesetzt. Beim heutigen Prozess jedoch war das Klima im Gerichtssaal sehr angespannt. Der ob seiner Härte gefürchtete vorsitzende Richter war aus dem Urlaub zurück und hatte insgesamt sechs Verhandlungen für den Vormittag angesetzt. Mehrfach zeigte er Zeichen von Ungeduld, ließ dem Angeklagten oder seiner Anwältin wenig Zeit für ihre Ausführungen. Das Urteil der ersten Instanz wurde in der Schuldfrage bestätigt, ebenso das Strafmaß von 6 Monaten Haft ohne Bewährung. Verschärft wurde die weitere Strafe: 5 Jahre Einreiseverbot für Frankreich statt der 2 Jahre, die in der ersten Verhandlung verhängt wurden. Außerdem wurde das Schmerzensgeld für die Nebenkläger von 1000 Euro auf 2000 heraufgesetzt. Der Polizist, der die Festnahme vorgenommen hatte, war dabei (nach seiner Aussage) mit dem Angeklagten zusammen gestürzt und hatte sich das Handgelenk gebrochen. Außerdem klagte (und bekam Recht) ein weiterer Polizist, der sich durch den Anblick des Angeklagten mit (seiner Aussage nach) einem Stein in der zum Werfen erhobenen Hand psychisch beeinträchtigt fühlte. Im Verlauf der Verhandlung kam auch wieder die Sprache auf angeblich in der Zelle, die der Angeklagte mit dem vor zwei Wochen auf freien Fuß gesetzten NATO-Gegner teilte, gefundenen "antisemitischen" Schriften. Hierbei handelt es sich u.a. um eine wissenschaftliche Untersuchung des Antisemitismus in der Linken.

Hintergrundinformationen unter http://breakout.blogsport.de/

Rezensionen...

Titel: Muss Strafe tatsächlich sein?

Es mag vielleicht etwas masochistisch anmuten, als Gefangener sich ein Buch mit dem Titel "Warum Strafe sein muss- Ein Plädoyer" zu bestellen und dann auch noch zu lesen. Aber wer eine einfache und (meist) leicht verständliche Einführung in das deutsche Strafrecht unter juristischen und auch rechtsphilosophischen Gesichtspunkten sucht, der ist mit dem hier zu besprechenden Buch von Winfried Hassemer (vormals Richter am Bundesverfassungsgericht) gut bedient. Und das meine ich durchaus doppeldeutig.



Von einem ehemaligen Professor für Strafrecht und -wie erwähnt- Richter am höchsten deutschen Gericht sind revolutionäre Ideen oder Einsichten nicht wirklich zu erwarten. Dennoch übt Hassemer in seinem 365 Seiten Buch dennoch hie und da leise Kritik an so manchen bedenklichen Zuständen in der heutigen Strafjustiz. Ohne zwar die Sicherungsverwahrung (diese erlaubt es dem Staat den Gefangenen auch nach Verbüßung der Strafe ggf. Lebenslang wegzusperren) im Kern in Frage zu stellen, wehrt er sich dennoch gegen ein "für immer wegsperren" (S. 83).

Den Strafvollzug sieht er nicht als Mittel zur Abschreckung, sondern "als Teil einer formalisierten Kontrolle, die regelmäßig und angemessen auf den Rechtsbruch antwortet und damit das Vertrauen der Bürger in die rechtliche Ordnung (...) sichert" (S.114). Hier hört man den Richter vom Eifelturm sprechen, was aber kein Nachteil sein muss.

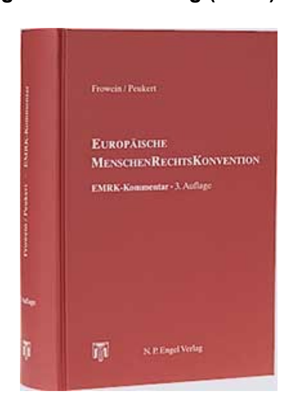
Ob juristischer Laie, fachkundige Person, Leserin oder Leser in Freiheit, aber auch jene in Haft, jede und jeder dürfte dieses Buch mit Gewinn lesen. Ein umfangreiches Stichwortverzeichnis erleichtert die Suche nach bestimmten Aspekten, die einen besonders interessieren oder die man nachschlagen möchte. Wesentliche gesetzliche Bestimmungen auf die Hassemer in seinem Buch Bezug nimmt, sind im Anhang abgedruckt, was gerade für Laien besonders hilfreich ist, da sie so die Paragrafen unmittelbar nachlesen können.

Bibliografische Angaben:

Wilfried Hassemer, "Warum Strafe sein muss- ein Plädoyer" ISBN 978-3-550-08764-6, Preis: 22,90€ erschienen 2009 im Ullstein Verlag

Titel: Kommentar EMRK

Die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte (kurz: EMRK) gewinnt immer mehr an Bedeutung; seit 1953 ist sie in Kraft und umfasst so wichtige Menschenrechte wie Gedanken- und Gewissensfreiheit (Art. 9), das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren (Art. 6), das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens (Art. 8) oder auch, dies ist von besonderer Bedeutung für Gefangene, das Verbot von Folter oder unmenschlicher, bzw. erniedrigender Behandlung (Art. 3).



Im Juli 2009 erschien der Kommentar zur EMRK des Autorenduos Frowein und Peukert in 3. Auflage; jedem Interessierten vor allem allen Gefangenen die mehr oder weniger oft vor Gericht gegen Vollzugsmaßnahmen klagen, kann der Kauf des Kommentars nur empfohlen werden. Denn mitunter verletzen die Verfügungen der Anstalten nicht nur das Strafvollzugsgesetz, sondern zugleich auch Rechte, die uns qua Konvention zustehen, so dass es die Argumentation vor Gericht erleichtert, wenn in dem Antrag auf gerichtliche Entscheidung auch auf die diesbezüglichen Aspekte eingegangen wird.

Wer anstrebt seinen Fall nach Strasbourg vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu tragen, braucht freilich einen langen Atem. So sind bspw. seit 2004 Klagen gegen den rückwirkenden Wegfall der 10- Jahresgrenze bei erstmaliger Unterbringung in der Sicherungsverwahrung anhängig. 2008 fand die erste mündliche Verhandlung hierzu statt; ob es noch 2009 zu einer Entscheidung kommen wird, ist fraglich. Der Kommentar von Frowein/Preukert bietet zu jedem der Artikel der EMRK (und der die Rechte ausweitenden Zusatzprotokolle) ausführliche Erläuterungen auf Basis der Rechtssprechung des Gerichtshofs und der bis vor einigen Jahren tätigen Kommission. Zu Artikel 4 (Verbot von Zwangsarbeit) beispielsweise wird ausgeführt, das sich aus der Konvention gerade kein Anspruch auf eine Entlohnung für die Zwangsarbeit im Gefängnis ergibt (geschweige denn auf Tariflohn, wie immer wieder gerüchteweise behauptet wird).

Mit 148.– Euro ist der Kommentar nicht gerade preiswert, jedoch ist Dr. Erika Engel (Mitinhaberin der Verlags) bereit, Gefangenen einen Rabatt von 50% einzuräumen.

Bibliografische Angaben:
Frowein/Preukert, "Europäische Menschenrechtskonvention- EMRK Kommentar"

ISBN 978-3-88357-145-4, Preis: 148,– Euro erschienen 2009 im N.P.Engel Verlag (Postfach 1940, 77679 Kehl/a. Rhein)

Thomas Meyer-Falk,
z.Zt. JVA
Schönbornstraße 32,
76646 Bruchsal

Eine gute Nachricht...

Rainer Dittrich ist endlich frei!

Am Montag, den 17.8.09 haben die zuständigen Richter die Freilassung von Rainer Dittrich nach nunmehr 22 Jahren Gefangenschaft angeordnet.



Bis zum letzten Tag wurde von der Gegenseite alles unternommen, um den Zeitpunkt hinauszuzögern. An dieser stelle von uns und von Rainer ein herzliches Dankeschön für die sei vielen Jahren andauernde feste Solidarität. Wie ihr alle wisst ist Rainer schwer krank und muss sich jetzt mithilfe der Vertrauensärzte auf den langen Marsch der Wiederherstellung seiner Gesundheit begeben. Bis dies so einigermaßen gelungen ist wird er an keinen Treffen teilnehmen können, sobald sich die Situation bessert melden wir uns.

Wir umarmen euch so fest es nur geht!

(aus dem schreiben des UnterstützerInnenkreises)

Ist er denn zu fassen...?

Nicht nötig, er kommt schon von selbst zurück...!

Hier haben wir gerade mal wieder den Oberlacher, dass ein (Ex) Gefangener mal wieder einflog.

Der wurde vor kurzem als Lebenslänglicher nach 18 Jahren oberbrav sein (sonst machen die eigentlich immer so locker über 20) entlassen. Mit den üblichen 5 Jahren auf Bewährung. Draußen wurde er dann zweimal mit Heroin in der Tasche (Eigenbedarf) erwischt, wofür er beide Male Bewährungsstrafen bekam. Aber eben auch den Widerruf dieser ersten 5 Jahresbewährung. Wobei viele denken (ich auch mal), dass die nun höchstens diese 5 absitzen müssten – FALSCH!, dass lebenslängliche zählt wieder und hier sitzen nicht wenige auch bei solch „Bagatellrückfall" wesentlich länger...und eben immer noch.

Der Lacher dabei ist, der Typ bekam die Anweisung sich in einer Haftanstalt zu stellen... und das tat er auch, in der JVA Hannover, wo sie ihn aber nicht rein ließen da sie sich dort nicht zuständig fühlten. So raste er dann fix nach hier...und wurde angenommen :-) Und nun jodelt er hier rum, dass das alles ja ein Irrtum wäre, er hätte doch Bewährung gekriegt. Wobei das keine Rolle spielt, denn er ist nachweisbar wieder straffällig geworden – und man weiß doch: Hat Justizia erst mal einen Weg beschritten, ändert sie diesen nur ungern. Und selbst wenn er denn höchstens fünf Jahre... so ist dies eben ein weiteres Beispiel, dass selbst langer Knast die Leute nicht schlauer werden lässt. Auch nicht was rechtliche Geschichten angeht und was alles passieren kann und was es ja dann auch tut! Aber es zeigt eben auch, dass die Leute nicht mehr um ihre Freiheit kämpfen. Weil ehrlich, wie kann man nur so blöde sein und sich selbst stellen?

Finni,
JVA Celle.



Letzte Worte...

Es gab um die beiden Beiträge des AKP zu der Strafanzeige gegen einen Rheinbacher GMV Vertreter heftige Kritik vom Sprecher der Interessenvertretung Inhaftierter (Iv.I.), Pit Scherzl. Der Mauerfall ist gerade als Medium für eine Diskussion und Auseinandersetzung gedacht. Ich verweise daher hier ausdrücklich auf den beiliegenden Iv.I.-Rundbrief in dem eine Erwiderung auf die Kritik des AKP-Köln zu finden ist! Der Mauerfall ist eine sehr pluralistische Plattform. Es ist kein Szeneblättchen und kein linker Selbstbeweihräucherungsladen. Es können und sollen auch viele Meinungen und Ansichten neben einander stehen. Um eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln muss viel kommuniziert werden. Die Kraft, die Verhältnisse aus den Angeln zu heben und mal gehörig zum Tanzen zu bringen haben wir noch nicht. Doch schaut mal nur den Mauerfall an. Diesen Rundbrief gibt es gerade mal 2 Jahre. Und wie hat sich das entwickelt! Auch und gerade dadurch, das sich immer mehr Leute aus den Knästen zu Wort meldeten. Auch dadurch, dass mehr Leute draußen darauf aufmerksam wurden. Es müssen noch viel mehr werden! Da gehören fetzige Streits elementar dazu denn es gibt ganz sicher nicht nur die EINE Wahrheit. Es gibt unterschiedliche Ansichten, schon in der Tatsache begründet, ob mensch 'drinnen' oder 'draußen' ist. Also, lasst uns weiter MITEINANDER streiten.

Hier zum Schluss findet Ihr noch einen Flyer einer guten Radiosendung auf Radio Flora die es leider nur im Netz zu hören gibt. Beiträge von Gefangenen sind dort aber immer erwünscht und einige Themenbeiträge aus den letzten Sendungen gibt es mittlerweile auszugsweise in Papierform. Hier für InteressentInnen die Anschrift:

Zur Bettfedernfabrik 3
30451 Hannover
Telefon 0511 / 763 891 95



„Wieviel sind hintern Gittern,
die wir draußen brauchen!"
Politische Gefangene -
Sendung zu Repression und Widerstand

Jeden ersten Dienstag im Monat
von 18 bis 19 Uhr.
Zu empfangen per Livestream über:
www.radioflora.de

Gedichte und Poesie...

Hoffnung

Staatsanwälte nahmen mir den Glauben.
Richter das Vertrauen und Schließer den Verstand.
Gefangene raubten meine Träume.
Brave Bürger stahlen mein Dasein.
Doch ich traf noch Menschen, sonst wäre ich resozialisiert!

M.Diehl

Wenn Menschen Gefängnisse sehen,
uns Gefangene, glauben sie,
wir sind Gefangen.
Ein und Weggesperrt,
Verschlossen, nicht Frei,
ohne zu merken, sich bewusst zu machen,
das Freiheit, Versperrt sein und
Verschlossenheit nichts mit
Räumlichkeit zu tun hat.

Helmut Pammler,
08.06.2009